

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **6 (1977)**

Heft 1

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

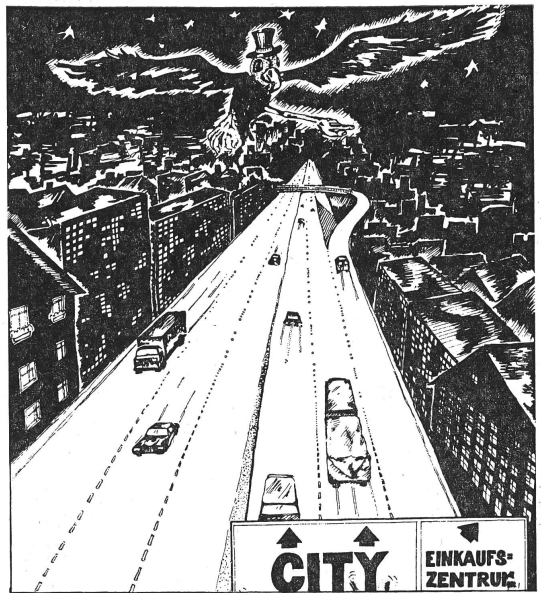
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 32 000

Redaktion: Konrad Fislir, Ruedi Küng, B.D. Niebuhr, Rolf Net, Beat Schweingruber
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmattquai 94, 8023 Zürich, Tel. (0)1 47 34 00
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. (0)1 47 75 30
Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.- (Austl. 20.-) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Alfred Andersch: Zwölf Strophen über die Arbeitslosigkeit Seite 2
Die Studienbibliothek zum Studium der Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung Materialien und Hinweise Seite 2
Bundesrat Hürlimann lehnt Qualitätsprämie für «Ernst S.»-Film ab Niklaus Meienberg schreibt einen offenen Brief an den Bundesrat Seite 3
Cincera zwingt die Geister, Farbe zu bekennen. Jürg Frischknecht analysiert die Reaktionen auf die Affäre Cincera Seite 5
Gären im SSR: Suche nach einer fortschrittlichen Betriebsstruktur im Schweizer Studentenreisendienst Seite 6
Was Ihnen 1976 brachte... mindestens mit dem «Konzept». Das Beste aus «das Konzept» 1976 Seite 7
Wirbel um das «Konzept»-Interview mit Autor W. Kauer: Entgegnungen Seite 7
Genfs «Université populaire» Seite 9



Ein ketzerischer Beitrag zur verkehrten Verkehrspolitik

1987 – als das Verkehrsproblem gemeistert war

... oder die Vorwegnahme eines fast paradisischen Zustandes

Verkehrspolitik ist zurzeit ein heisses Thema. Mindestens vier schweizerische Volksinitiativen sind hängig, welche den Strassenverkehr betreffen. Die grosse Diskussion um öffentlichen und privaten Verkehr ist in Gang gekommen. Eine Gesamtverkehrskommission wertet wacker mit. Man ist sich einig, dass eine Wende eintreten muss, dass es wie bisher nicht weitergehen kann. Fast jede Partei bekennt sich zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, aber getan wird nichts.

Der folgende Artikel liefert in Form einer fiktiven Reportage einen Vorschlag dafür, was zu tun wäre. Einen Vorschlag, der wahrscheinlich Anstoss erregen wird. Ich nehme das in Kauf, wenn dafür etwas hängen bleibt. – Ganz besonders ist dieser Artikel der Freisinnig-Demokratischen Partei als der Taupatin des Versuchscherprinzips sowie Bundesrat Willi Ritschard, dem Vorsteher des Verkehrsdepartementes, gewidmet.
Beat Schweingruber

Anfang dieses Jahres, auf den 1. 1. 1987, ist die letzte Rate der achtstufigen Benzinpreiserhöhung in Kraft getreten, womit der Benzinpreis nun auf der vorgesehenen Höhe von 5 Franken pro Liter angelangt ist. Im Jahr 1980 begannen und jährlich um 50 Rappen pro Liter Treibstoff erhöht, hat damit die schrittweise Belastung des Motorfahrzeugverkehrs mit den durch ihn verursachten sozialen und umweltbezogenen Kosten im Rahmen des «Bundesgesetzes zur Einführung einer allgemeinen Verkehrsabgabe nach dem Versuchscherprinzip» von 1979 ihren vorläufigen Abschluss gefunden.

Dieses gewiss historische Ereignis ist Anlass genug, einmal eine Zwischenbilanz der inzwischen eingetretenen Entwicklung zu ziehen – einer erstaunlichen und erfreulichen Entwicklung notabene, von der noch vor 10 Jahren niemand zu träumen gewagt hätte...

den Verkehrsabgaben bereits zahlreiche Massnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes verwirklicht worden.

Kein Verlust von Arbeitsplätzen

Erstauslich an dieser volkswirtschaftlich doch beträchtlich ins Gewicht fallenden Umstrukturierung des Verkehrswezens ist vor allem, dass sie weder auf

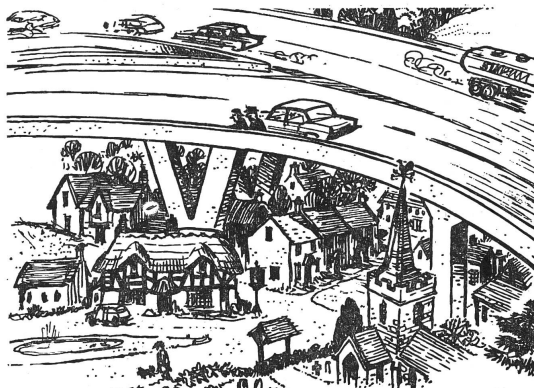
Zwei Drittel weniger Autoverkehr

In den sieben Jahren seit Anfang 1980 ist der Treibstoffverbrauch und damit der Motorfahrzeugverkehr, verglichen mit dem Volumen der 70er Jahre, um rund 66% zusammengeschrumpft! Die Abnahme verteilt sich nicht gleichmässig auf das ganze Landesgebiet: In den Städten und Agglomerationsorten beträgt sie nach kürzlich durchgeführten Erhebungen fast 75%, in den ländlichen Gebieten hingegen «nur» etwa 50%, was in erster Linie auf den unterschiedlichen Grad der Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzuführen ist.

Zustände wie 1950

Schon jetzt aber kommen die Vorteile des drastisch verminderten Individualverkehrs voll zum Tragen. Namentlich die Bevölkerung in den Städten kann buchstäblich «aufatmen». Da im selben Zeitraum die Abgas- und Lärmvorschriften für Motorfahrzeuge ebenfalls wesentlich verschärft wurden, sind die hygienischen Verhältnisse um ein Vielfaches besser geworden.

Die chaotisch verstopften Städte gehören so ziemlich der Vergangenheit an. vielerorts konnten sogar Verkehrsflächen den Fussgängern und Quartierbewohnern zurückgegeben oder wieder in Grünflächen umgewandelt werden. Zahlreiche Strassenwege konnten für den Durchgangsverkehr gesperrt werden, und die dortigen Anwohner kamen endlich zu ihrer schlichter erwarteten Ruhe. Auch in den verbleibenden Strassen ist der Verkehr merklich ruhiger geworden; zudem sind mit den Mitteln aus



Kosten der Mobilität noch auf Kosten der Volkswirtschaft erfolgt ist. Wohl verzichten jetzt viele Leute auf überflüssige Fahrten, aber im großen und ganzen ist die Abnahme des Privatverkehrs durch eine annähernd entsprechende Zunahme des öffentlichen Verkehrs ausgeglichen worden.

Verkehrsentwicklung 1979–1987

Aus der Tabelle wird deutlich die Abnahme des privaten und die Zunahme des öffentlichen Verkehrs in Abhängigkeit vom Benzinpreis (sowie andern, hier nicht dargestellten Faktoren wie Verkehrsbeschränkungen, Tarif und Leistungsangebot beim ÖeV usw.) sichtbar. Zum Vergleich sind noch die Jahre 1970, 1973 (Rekordjahr vor Erdölkrise und Rezession) und 1975 aufgeführt. Die Angaben für das laufende Jahr 1987 beruhen auf Trendextrapolationen.

Jahr	Benzinpreis (Fr./l)	Treibstoffverbrauch (Mio. l)	Verkehrsentwicklung in Personenkilometern (Mio. Pkm) Auto öffentl. Verkehr	Zollentlastung aus Treibstoffen (Mio. Fr.) total zweckgebund. Strassenbau für Fond	Verkehrsabgaben (Mio. Fr.)			
1970*	-80	3200	46,5	12,5	1210	910	—	
1973*	-90	3940	+23,1	56,2	12,9	1680	1330	—
1975*	1.-	3700	+6,1	53,8	13,1	1930	1600	—
1979	1.50	3900	+5,0	55,8	15,5	2030	1670	1650
1980	1.50	3315	-15	47,5	18,2	1720	1420	1650
1981	2.-	2650	-20	38,9	27,8	1380	1130	2650
1982	2.50	2120	-20	32,4	34,7	1100	910	3180
1983	3.-	1800	-15	27,8	39,8	940	770	3600
1984	3.50	1620	-10	24,9	43,2	840	690	4050
1985	4.-	1460	-10	22,3	46,9	760	620	4380
1986	4.50	1330	-10	19,9	50,3	680	560	4655
1987	5.-	1200	-10	18,0	53,0	610	500	4800

* Die Zahlen für die Jahre 1970-75 sind durchaus real und stammen aus den einschlägigen Statistiken.

schäftigtenzahl ziemlich stabil gehalten. Heute wird etwa gleich viel Geld in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs (vorab des Schienenverkehrs) investiert wie vor zehn Jahren in den Strassenbau.

Der Verkehrsfonds

Vom Jahr 1980 an stand nämlich der durch die allg. Verkehrsabgaben gespeiste Verkehrsfonds zur Verfügung, damals noch mit 1,6 Milliarden Franken, im letzten Jahr bereits mit 4,6 Milliarden (vgl. Tabelle). Dieser Fonds wird gegenwärtig etwa so verwendet:

• Ein Drittel fließt in den Betrieb der öffentlichen Verkehrsmittel (ÖV). Damit können einmal die Fehlbeträge in der traditionellen Betriebsrechnung, die früher aus Steuermitteln erbracht werden mussten, gedeckt werden (von der falschen Bezeichnung «Defizite» ist man mittlerweile abgekomen, da es sich volkswirtschaftlich gesehen gar nicht um Defizite handelt); darüber hinaus liefert dieses Drittel Geld für ein zusätzliches Leistungsangebot, für dichtere Fahrpläne, für zusätzliche Verbindungen und für Nachkurse in den Agglomerationsorten. Seit 1983 konnten sogar, zur Förderung des umweltgerechten Verkehrsverhaltens, zweimal Tarifenkungen von 10 bzw. 15% vorgenommen werden. (Die

stimmen Fällen Beiträge aus dem Fonds ausgerichtet.

Man darf mit Fug behaupten, dass sich die Anstrengungen gelohnt haben. Auf dem Sektor des öffentlichen Verkehrs steht heute dem Benutzer ein Leistungsangebot zur Verfügung, das sich kaum mehr mit jenem der 70er-Jahre vergleichen lässt, auch nicht mit dem um 1950 herum, obwohl die Bahnen damals etwa den gleichen Anteil am Gesamtverkehr auf sich vereinigten wie heute. In den meisten Städten sind Tram und Bus derart schnell und pünktlich geworden, dass sich von den verbliebenen Automobilisten laufend noch welche zum Umsteigen bewegen lassen.

Das Ende des Strassenbaus

Mit dem Strassenbau grossen Stils ist es nun endgültig vorbei. Wo noch gebaut wird, handelt es sich um Umfahrungsstrassen von Dörfern oder um Sanierung von Gefahrenstellen. Der Nationalstrassenbau ist praktisch völlig zum Stillstand gekommen. Ersten ist kaum mehr ein Bedürfnis dafür vorhanden, zweitens sind die zweckgebundenen Einnahmen aus dem Treibstoffzuschlag natürlich auch rapid zurückgegangen (vgl. Tabelle). Die längst umstrittene Zweckbindung auf den Treibstoffzöllen wird voraussichtlich im nächsten Jahr ohnehin aufgehoben; das letzte Relikt aus der Zeit der Auto-Euphorie, das die Automobilverbände hartnäckig und bis zur Nutzlosigkeit zu verteidigen vermocht hatten.

Vom Rawiltunnel und von der linksufrigen Brienzerseebrücke spricht heute niemand mehr. Da und dort werden Autobahnstrecken zum Schutz von Wohn- oder Erholungsgebieten überdeckt. Einzelne besonders exponierte Abschnitte sind sogar stillgelegt worden, beispielsweise das von Anfang an überflüssige Teilstück der N12 über dem Weyermannshaus-Bad bei Bern, das vor 15 Jahren von der Bevölkerung vehement, aber leider erfolglos bekämpft worden war.

Zur berühmten-benutzten Zürcher Sihlhochstrasse, seit zwei Jahren ausser Betrieb, wird noch dieses Jahr abgebrochen; lediglich ein ganz kurzes Stück beim Bahnhof Giesshübel soll stehenbleiben – als Mahnmahl einer verrückten Zeit.

Zur erfreulichen Bilanz gehört natürlich auch die Abnahme der Verkehrsunfälle. Waren 1974 beispielsweise noch 1372 Verkehrstote in der Schweiz zu beklagen, so sind es 1985 noch 269 gewesen, was eine Abnahme von über 80% entspricht.

Soziale Probleme nur teilweise gelöst

Gewiss hat die Umstrukturierung des Verkehrswezens auch Nachteile und Schwierigkeiten mit sich gebracht. Das Auto hat in unserer Gesellschaft eben eine Stellung eingenommen, die weit über die eigentliche Verkehrsfunktion hinausging. Für viele war es Identifikationsobjekt (eine Mietwohnung kann man meist nicht verändern, wohl aber ein eigenes Auto); für andere war es Statussymbol; oder Fluchtobjekt, oder alles in einem. Vielen Leuten ist es anfallig schwergefallen, auf gewisse Bequemlichkeiten zu verzichten.

Aber man muss eines sehen: Uner-schwinglich ist es ja nicht geworden, das Autofahren, bloss einfach teurer. Bei einem Mittelklassewagen liegen die Kilometerkosten heute bei 70 Rappen statt bei 30 wie vor 10 Jahren. Wer also auf seine Bequemlichkeit oder sein Statussymbol nicht verzichten kann, der wird auch nicht zum Verzicht gezwungen. Nur muss er eben heute die vollen Kosten dafür tragen, auch die externen, die Kosten der Umwelt.

Und gerade die unteren Einkommensschichten, von denen man am ehesten sagen könnte, man habe ihnen das

Im Tiefbausektor hat sich die Be-

Fortsetzung auf Seite 4

Quellen der Arbeiterbewegung (2)

«Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung»

Ein bedeutender Teil dessen, was über die modernen Klassenkämpfe und über den Weg zur sozialistischen Gesellschaft, über politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Konflikte der Arbeiterbewegungen geschrieben wurde, steht in den Bibliotheksräumen der «Studienbibliothek» an der Wildbachstrasse 48 in Zürich 8. Im gleichen Haus haben auch die Gewerkschaft Kultur (GKEW) und die Limmat-Verlag-Genossenschaft ihren Sitz.

Im Les- und Arbeitszimmer im Erdgeschoss finden sich neben Marx-Engels-Werken und Lenin-Schriften verschiedene Handbücher, grossformatige Zeitschriften und eine Weltgeschichte in 10 Bänden der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion. Neben im Geschichts- und Theoriezimmer sind Bücher über Geschichte, Gewerkschaftsbewegung, Marxismus, Philosophie, über Ökonomie, Soziologie, Bildung, Erziehung und Frauen untergebracht. In höheren Stockwerken, in labyrinthartig ineinandergeschichteten Regalreihen, stehen Publikationen über verschiedene Länder, proletarische und gesellschaftskritische Belletristik, Massenmedien- und Kunstbücher ...; sie sind jeweils thematisch geordnet.

Und so begann es

Das Treppenhaus ist das Zeitungs- und Zeitschriftenparadies. In den vielen Ecken vergehen die Stunden oft zeitlos. Der unmittelbare Kontakt mit all dem Geschriebenen und die Verschiedenheit der Bibliotheksbenützer sorgen für eine menschliche, gemüthliche Atmosphäre, die in den oftmals steril anmutenden Bibliotheken selten zu finden ist.

Eine Bibliothek wurde von Theo Pinkus (Buchhändler und Antiquar) und Amalie Pinkus im Verlauf ihrer rund 50jährigen politischen Tätigkeit zusammengebracht (der Grundstock konnte 1933 vor der Vernichtung durch die Nationalsozialisten in die Schweiz gerettet werden). Daraus wurde 1972, zusammen mit der Buchhandlung Pinkus & Co. und deren Liegenschaft, eine Stiftung geschaffen, deren Ziel es ist, diese Bibliothek unabhängig von privaten Bedürfnissen und Zufälligkeiten zu erhalten und einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch Schenkungen wurde der Liegenschaftserwerb an der Wildbachstr. 48 möglich. Die Buchhandlung, die sich speziell mit Sozialismus, Arbeiterbewegung und revolutionären Befreiungsbewegungen befasst, wurde von der Stiftung gegen ein nicht rückzahlbares Darlehen einer unabhängigen Genossenschaft (heutige Buchhandlung «Pinkus-Genossenschaft») übergeben. Der Zins für dieses Darlehen erfolgt in Form von Bücherlieferungen, womit der weitere Ausbau der Bibliothek gewährleistet bleibt. Ausserdem wird die «Studienbibliothek» durch Schenkungen der Verlage und

von privater Seite sowie Tauschvereinbarungen mit andern Bibliotheken ergänzt.

Heute eine Fundgrube

Die «Studienbibliothek» besteht aus etwa 13 000 z. T. mehrbändigen Werken rund 85% in deutscher Sprache, einer Sammlung von Dossiers mit Broschüren und Kleinschriften und etwa 300 Zeitungen und Zeitschriften, z. T. in grösseren, in sich abgeschlossenen Reihen, unter ihnen etwa die Hälfte laufende Abonnemente. Hervorzuheben wären unter anderem die detaillierten Dokumentationen zur deutschen Arbeiterbewegung, europäischen Revolution von 1848, internationalen Arbeiterbewegung der I. bis III. Internationale, zum spanischen Bürgerkrieg, zu Russland und der Sowjetunion. Selten auch für westeuropäische Verhältnisse die Vielfalt an politischen und kulturellen Zeitschriften aus der DDR (darunter viele aus der Zeit des kalten Krieges).

In den abgeschlossenen Zeitschriftenreihen sind unter anderem zu finden: «Arbeiter Illustrierte Zeitschrift» (Berlin/Prag), «Commune» (Paris 1936), «Neue Zeit» (Kautsky), seit 1945 «Neue Zeit» (Moskau), «Der Gegner» (1920), «Die Gleichheit» (C. Zetkin, 1915-17), «Ordine nuovo» (Gramsci, Reprint), «Der Rote Aufbau» (Willi Münzenberg, Berlin), «Humanität». Zu den Spezialitäten der «Studienbibliothek» gehört eine Sammlung von mehr als 200 illega-

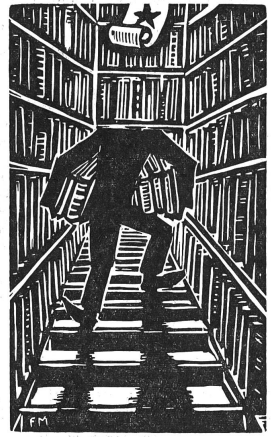
len, z. T. getarnten Schriften, die äusserlich als Koch- oder Heilmittel aufgemacht sind (z. B. Teebeutel- oder Backpulversäckchen). Sie stammen aus der Zeit des Faschismus in Italien, Österreich und Deutschland. Beinahe vollständig gesammelt (äusserst selten) liegt hier die «Arbeiter Illustrierte Zeitung» (AIZ) auf. Sie ist die erste und grösste Illustrierte der Arbeiterbewegung.

Die «Studienbibliothek» ist in eine Schlagwort-, Autoren- und Archivkartei gegliedert, die meist kreuzregisterartig zusammenhängen. Das Archiv mit Zeitungs- und Zeitschriftenmaterialien, Flugblättern und Broschüren (seit 1955 systematisch erfasst) wird heute laufend weitergeführt. Die oft mehrseitigen Archivstücke werden nummeriert und in die Stichwortkartei eingetragen. Die Stichwortkartei enthält auch Verweise auf andere Archive.

Nach dem Muster einer echten Volksbibliothek

Das Arbeiten in der «Studienbibliothek» unterscheidet sich von andern Bibliotheken: Man sucht und holt sich die Bücher selber. Sie sind in nach Stichworten getrennten Regalen aufbewahrt. Dies ermöglicht dem Benutzer einen schnellen und guten Überblick, um andere Titel seines Themas zu finden. Die Zimmerangabe und die Bestellnummer können der Stichwortkartei in der Kartei entnommen werden.

Aus finanziellen und personellen Gründen werden in der Regel die Bücher und Archivstücke nicht ausgeliehen. Auch sind manche der Stücke zu selten und zu wertvoll dazu. Bücher lesen und mit ihnen arbeiten kann man im Hause; Arbeitsplätze, wie die Möglichkeit zu photokopieren (im Nebenhause) sind gegeben. Die Benützer sind meistens Studenten und Wissenschaftler, die aus allen möglichen Ländern kommen. Da die «Studienbibliothek»



keine Subventionen erhält, muss die anfallende Arbeit ausschliesslich ehrenamtlich erledigt werden. Verschiedene Arbeitsgruppen, Fachleute und Studenten, betreuen und bearbeiten ein spezielles Gebiet autonom. Diese Gruppen sind offen, und Mitarbeiter sind jederzeit willkommen. Bestimmte Gruppen befassen sich mit Frauenliteratur, Philosophie, Literatur, Massenmedien, Geschichte, verschiedenen Ländern ... Dadurch sind jedoch längst nicht alle Gebiete abgedeckt. Es wäre nötig, neue Gruppen zu bilden.

Die «Studienbibliothek» will weder Ersatz noch Konkurrenz zu den bestehenden öffentlichen und lokalen Universitätsbibliotheken sein. Sie versteht sich als Alternativ- oder Zweitbibliothek. Die Bestrebungen laufen in Richtung Archivkoordination, die keine örtliche Beschränkung kennt, sich also über alle Länder erstrecken kann. Verbindungen und Doublettenaustausch bestehen mit verschiedenen Archiven der Arbeiterbewegung in der BRD, der DDR, dem Thorez-Institut (Paris), dem internationalen Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam). Wertvoll ist auch der Austausch mit internationalen Tagungen der Arbeiterbewegung (ITH) in Linz.

Der Stiftungsrat der «Studienbibliothek» fördert auch die Herausgabe einer Schriftenreihe, in die wichtige Bücher

Öffnungszeiten:

Dienstag: 9-13, Freitag: 14-19 oder nach telef. Vereinbarung: 55 44 36 oder 45 22 19

Während der angegebenen Öffnungszeiten können sich auch Leute melden, die Interesse haben, in der Studienbibliothek stunden- oder halbtagsweise mitzuarbeiten.

über die Geschichte der Arbeiterbewegung aufgenommen werden. Bis jetzt veröffentlichte Arbeiten sind:

- Band 1: «Giustizia e Libertà», über eine antifaschistische Bewegung in Italien (Esther Modena, 1974)
• Band 2: «Zur Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter» Quellenband (Autorenkollektiv, Limmat-Verlag-Genossenschaft, 1975)
• Band 3: «Kritiker, Ketzler, Kämpfer» - Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher (Karl Lang, Limmat-Verlag-Genossenschaft, 1975)

Im Haus der «Studienbibliothek» ist auch die «Studienvereinigung zur Geschichte der Arbeiterbewegung». Sie zählt schon jetzt 80-90 Mitglieder (Gewerkschafter, Wissenschaftler, Studenten und aktive Leute aus der Arbeiterbewegung), die sich zum Ziel gesetzt haben, weiter zu forschen und dieses Wissen zu verarbeiten und zu popularisieren. Sue Meili

Zwölf Strophen über die Arbeitslosigkeit

von Alfred Andersch

- 1. es gibt nur zwei freiheten die freiheit nicht arbeiten zu brauchen wenn einer keine lust hat zu arbeiten und die freiheit arbeiten zu dürfen wenn einer arbeiten will
2. die freiheit des managers einen zu entlassen der arbeiten will gibt es nicht
3. der die arbeit von einem anderen genommen hat hat nicht das recht sie ihm wieder wegzunehmen
4. allgemein bekannt ist dass die welche arbeitgeber heissen diejenigen sind die sie nehmen während die welche arbeitnehmer heissen diejenigen sind die sie geben
5. arbeitgeber wenn diejenigen die eure arbeit genommen haben euch zu viele gegenstände produzieren liessen so dass sie nicht mehr wissen wohin damit waren sie unfähig arbeit zu planen müssen also entlassen werden
6. das gibt es nämlich eine geplante und infolge dessen funktionierende volkswirtschaft in der jeder der arbeiten will arbeit findet
7. wenn es wie es scheint nun zu viele autos autostrassen fernsehgeräte waschmaschinen fotoapparate polstersessel stürmpfe pillen schnäpse zigaretten gibt so muss die produktion umgestellt werden auf wohnungen die nicht schund sind kinderspielfläche gärten bäder filme theater konzerte und einrichtungen für sie intensive hochbezahlte landwirtschaft wälder freie natur reinheit des himmels des wassers und der erde reformen des schulwesens der medizin und der gefängnisse die anwendung der psychotherapie und dies alles nicht nur für uns sondern für die völker die hungern ein arbeitsplan ausreichend für gering geschätzt - zwei jahrhunderte vollbeschäftigung
8. arbeitgeber diejenigen die eure arbeit nehmen erhöhen den gedanken an geplante arbeit als utopie wer soll das bezahlen fragen sie diese volkswirtschaftlichen nichtsköner mit ihrer spiessigen geldphilosophie lasst euch von ihnen nichts vormachen die finanzierung gemeinsamer öffentlicher profitloser arbeit ist überhaupt kein problem

- 9. ich verzichte darauf darzustellen wie die arbeitnehmer leben welche profite sie einstreichen während ihre arbeitgeber arbeitslos sind sonst kommt mir die galle hoch sogar eure arbeitslosigkeit arbeitgeber lassen sie euch selber bezahlen denn ihre beiträge zur arbeitslosenversicherung haben sie in ihre profite längst eingekalkuliert
10. übrigens ist die krise künstlich inmitten dessen was sie rezession nennen schütten die manager dividenden aus wie noch nie aber das nur nebenbei
11. was eigentlich ist perverser als eine kündigung einer teilt einem anderen mit dass er nicht mehr arbeiten darf arbeitgeber zerreiss den wisch bleib an deinem arbeitsplatz wirf den unfähigen der dir deine arbeit wegnehmen will aus der fabrik sie gehört nämlich denen die maschinen in gang setzen nicht denen die sie anhalten maschinen die schweigend in werkshallen stehen und menschen die nicht arbeiten dürfen was für ein system

- 12. im letzten winter ein und eine halbe million allein in westdeutschland funfzehn millionen in den westlichen industrielandern ungezählte millionen kurzarbeiter zum staunen ist daran nur dass es noch immer leute gibt die ein solches system für funktionsfähig halten ein naturereignis sagen sie indessen andere darüber nachzudenken beginnen ob es nicht an der zeit wäre ein paar hundert leute zu entlassen welche die macht haben millionen zu entlassen ihre manager die ihre unfähigkeit arbeit zu planen als ein naturereignis verkaufen
Anmerkung ich bin vorsichtig noch behaupte ich nicht sie hätten die arbeitslosigkeit geplant sie planen ja überhaupt nichts wahrscheinlich ist ihnen das alles peinlich wahrscheinlich trauern sie in ihren verinnerlichten häusern am stadtrand umgeben von humanismus und joseph beuys wahrscheinlich sind sie nicht böse sondern bloss unfähig arbeitgeber bewilligt ihnen einen ruhigen lebensabend mit psychotherapeutischer behandlung ihrer aber richtet euch unerbittlich eine neue produktionsweise ein eine fähige
Copyright by Alfred Andersch, CH 6611 Berzona. Nachdruck nur mit Genehmigung des Autors. Auszugswieser Abdruck und Umstellungen des Zeilen-Umbruchs sowie der Abstände wird nicht gestattet.

das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz, Telefon 02 (01) 47 75 30, Postcheckkonto: 80-37626. Redaktion: Konrad Fiesler, Ruedi Küng, Rolf Nef, Bernd Dieter Niebuhr, Beat Schweingruber. Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen. Grausche Gestaltung: Arthur Doppmann. Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ). Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000. Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00, Tele. 55 235 1-9-mm-Zeile - 62 Fr. (übliche Rabatte). Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich. Redaktionsschluss Nr. 2: 21. 1. 77 Inseratenschluss Nr. 2: 28. 1. 77

Bundesrat Hürlimann lehnt eine Qualitätsprämie für «Ernst S.»-Film ab

Die Entschliessung des Hans H.

Der Film «Die Erschliessung des Landesverraters Ernst S.» von Richard Dindo und Niklaus Meienberg erhält auf persönlichen Entscheid des Bundesrates Hürlimann und gegen die Mehrheit der Expertenkommission keine Qualitätsprämie des Bundes. Der Film, welcher dem Schicksal eines «kleinen» Landesverraters nachgeht¹, hat erneut verdeutlicht, dass das dunkle Kapitel Schweiz im 2. Weltkrieg ein heisses Eisen ist. Die Recherchen der Autoren zeigen nämlich auf, dass damals die für den Schweizer Staat wirklich gefährlichen Leute in hohen Ämtern mit Samthandschuhen angefasst wurden, während man unten bei relativ harmlosen Vergehen schnell exekutierte. Aber Bundes-

rat Hürlimann will von solchem nichts wissen, und er will dies nicht, indem er als Staat Schweiz in Person auftritt. So lässt er denn auch das heisse Eisen, welches der Film aus der Glut zog, mit Würde zu Boden fallen und wirft den Filmautoren «Unausgewogenheit» vor. Wir drucken den ganzen Hürlimann-Brief an Richard Dindo ab, und Niklaus Meienberg antwortet in eigener Sache. Er fragt sich (und Hürlimann) schliesslich, welche prominenten Mächte mitgemischt haben müssen, dass der Bundesrat Hürlimann die Minderheit von 1 Experten gegen die Mehrheit von 13 Experten in der Kommission unterstützen zu müssen glaubte.

mand wird heute bestreiten, auch Dindo und ich nicht, dass ein grosser Teil des Bürgertums damals patriotischen Widerstand leistete (Text in unserem Film: «Während der Widerstandswelle des Volkes durch General Guisan verkörpert wurde...»)

Guisan war ein Bürger, war ein wichtiger Teil der Staatsspitze). Niemand wird aber auch bestreiten, sogar der berühmte Historiker Hans Sulzer, eine Mehrheit des Bürgertums einander, nicht dass ein anderer Teil desselben Bürgertums den Abbau der Demokratie und die kalte Eingliederung unseres Landes in die faschistische «Neue Europäische Ordnung» betrieb: Bundespräsident Wetter gibt seinen frontistischen Freunden Ratschläge, wie man am besten die national-patriotische Presse in der Schweiz ausschalten kann («NZZ», «Bund» usw.); Bundespräsident Pilet-Golaz hält eine anrührende Rede mit petainistischem Kollaborationsakzent; der Präsident des Vororts (Arbeitgeberverein) Minister Hans Sulzer, eine wirkliche Spitzenfigur des Bürgertums, wünscht noch Ende 1943, dass die Alliierten nicht siegen, usw. usw. Lauter bekannte Sachen.



Eidgenössisches Departement des Innern

Sehr geehrter Herr Dindo, Den von Ihnen für eine Prämie angemeldeten Film «Die Erschliessung des Landesverraters S.» hat das Eidg. Departement des Innern den Begutachtungsausschüssen der Eidg. Filmkommission und der Stiftung Pro Helvetia sowie der Jury vorgeführt. Zudem nahm ich die Gelegenheit wahr, den Film persönlich anzusehen und ihn mit Faktoren in Betracht zu ziehen. Eine Mehrheit der Experten attestiert dem Film, dass er unter Verwendung filmischer Mittel eine eindruckliche Interpretation eines Teils der jüngsten Schweizer Geschichte darstelle, während eine Minderheit kritisiert, er manipulierte historische Ereignisse und bediene sich in einer unzulässigen Weise eines ideologischen Rasters, was schwerer ins Gewicht falle als die gestalterischen Qualitäten. Mit der Minderheit halten wir es nicht für vertretbar, den Film durch eine staatliche Qualitätsprämie auszuzeichnen.

Die Staat hat in höchster Not nach der Richtlinie gehandelt: Die Grossen lässt man laufen, die Kleinen hängt man. Landesverrat würde unbeschuldigt am Stand und Grad gehandelt.

einem Dokumentarfilm besonders schwer, da diese Gattung die Fakten korrekt und aufgrund gesicherter Quellen darzustellen hat. Die Voraussetzungen für einen hervorragenden Film (Artikel 5 des Filmgesetzes und Artikel 8 der Verordnung¹) erachten wir deshalb als nicht erfüllt. Wir sind daher gezwungen, Ihr Gesuch abzulehnen. Gegen diesen Entscheid kann von Ihnen aufgrund von Artikel 44f. des Verwaltungsverfahrensgesetzes innert 30 Tagen eine Beschwerde an den Schweizerischen Bundesrat eingereicht werden.

Waren nicht die oben gefährlicher?

Auf diesem Hintergrund sehen wir die Biographie des Ernst S., und es wird gezeigt, wie er als politischer Analphabe ein Opfer der Nazi-Agenten wurde. Ein kleiner Dieb, der im Frieden Tomaten und im Krieg Granaten gestohlen hat («Die Weltwoche»). Wir haben an keiner Stelle des Films seine Tat entschuldigt; wir haben sie nur erklärt und sie in Beziehung gesetzt zu anderen Taten, welche weiter oben in der Gesellschaft passiert sind. Nicht wir, sondern der Historiker Prof. Edgar Bonjour sagt im Film: «Es ist halt immer so, dass der Kleinere eher hängt als der Grössere.» Übrigens handelt unser Film nicht von den 17 erschossenen Landesverratern, wie Sie mit Ihrem Satz durchblicken lassen: «... die Delinquenten in ein mildes Licht zu rücken oder sie überhaupt zu exkulpieren» (Seite 2/3), sondern nur vom Einzelschicksal des Ernst S. Wir wagen im Film allerdings zu fragen, ob ein Oberstkorpskommandant Wille, der 1940 in einem Augenblick höchster nationaler Gefährdung ausgerechnet... die Absetzung seines Oberbefehlshabers Guisan beim deutschen Gesandten erwirken wollte; und ob ein Oberst Gustav Däniker sen., der mit seiner wetherium zirkulierenden Denkschrift den demokratischen Widerstandswillen untergrub; und ob ein Bühler sen., der mit seinen Waffenlieferungen an Deutschland beinahe eine

staben des Gesetzes konnte Ernst S. sehr wohl zum Tode verurteilt werden, das wurde von uns bestritten. Nur schimmert bei uns die zusätzliche Frage durch, ob solche Gesetze, die einen Wille leben lassen und einen Ernst S. töten, gute Gesetze seien und wem sie nützen. Wir haben es an keiner Stelle

Die sozialliberale Gruppe der Universität Bern führt am Donnerstag, den 20. 1. 1977 in der Aula der Universität Bern eine Veranstaltung mit dem und über den Film «Die Erschliessung des Landesverraters Ernst S.» durch. 18.00 Uhr: Filmvorführung 20.00 Uhr: Diskussion. Eingeladen sind 18 Professoren und Bundesrat Hürlimann.

Die auch von den Experten geäußerten Bedenken in bezug auf historische Genauigkeit und Wahrfähigkeit überwiegen gegenüber den künstlerischen Qualitäten des Films. Die politischen Gegebenheiten sind im Film in keiner Weise in einer Weise vernachlässigt, die nicht nur in einer Fehlinterpretation mündet, sondern letztlich auf eine Manipulation jener Bevölkerungskreise hinausläuft, die im Film geschilderten Ereignisse nicht aus der persönlichen Erfahrung kennen können. Diese Einwände wiegen gegenüber

Mit freundlichen Grüßen
EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN
H. Hürlimann

Offener Brief an Bundesrat H. Hürlimann

Ach, Herr Hürlimann,

Es ist nicht fein, es macht sich nicht gut, wenn ein direkt Betroffener seine Betroffenheit direkt zeigt. Aber nachdem nun Sie, hochverehrter Herr Bundesrat, «höchstselbst kulturpolitisch zugelenken haben» («Tages-Anzeiger»), möchte ich, geschätzter Hans Hürlimann, Ihr geschätztes Schreiben an Richard Dindo doch ein wenig kommentieren. Sie haben uns bekanntlich Bundesgelt vorenthalten, haben uns eine Qualitätsprämie verweigert, welche «kein symbolischer Lorbeer, sondern - bei den hiesigen Produktionsbedingungen - ein direkter Herstellungsbeitrag ist», («Die Weltwoche»). Sie haben damit drastisch ins filmische Schaffen der Schweiz eingegriffen: Es wird sich in absehbarer Zeit kein Autor mehr an heikle zeitgeschichtliche (und andere) nationale Themen mit einem Dokumentarfilm heranwagen. Regisseure wie Dindo, welche bisher dank staatlicher Subvention ganz knapp die Herstellungskosten decken konnten, ohne einen Rappen mit ihren Produktionen zu verdienen, ohne auch nur ein minimales Salär zu beziehen, werden in Zukunft die Hände von solchen Projekten lassen müssen. Ach, Herr Hürlimann, nicht das Geld aus Ihrer eigenen Tasche, sondern das Geld der Steuerzahler wird Ihnen wie Dindo vorenthalten werden, weil Ihnen ganz persönlich dieser Film politisch missfällt. Das macht für uns 35 000 Franken weniger: Mit diesem Betrag hätten wir die dringenden Schulden zahlen können. Wir werden unsere Gläubiger also vorläufig in Sie verweisen.

Standpunkte und ändern netten CVP-Schlagworten. Und Ihre Experten können Sie jetzt in die Ferien schicken: Deren Expertisen bleiben nämlich folgenlos. Welche Lust, bei Ihnen Experte zu sein!

L'Etat c'est moi, Hürlimann-le-magnifique

Aus Ihrem Schreiben an Dindo (Seite 3) geht hervor, dass Sie den Staat und die staatliche Vergangenheit (=Vergangenheit dieses Staates, wie sie der Staat gern sieht) durch unsere Arbeit bedroht

Der Film gefiel den Experten

Ihren Experten hat der Film übrigens gefallen; beinahe einstimmig, im Verhältnis 13 zu 1, haben sie die Prämierung des Filmes gewünscht. Den bundesrätlichen Entscheid wird man deshalb mit dem «Tages-Anzeiger» einer «feudal-fürstlichen und nicht mehr einer demokratischen Kulturpolitik» zuordnen müssen. Man wird ihn auch mit dem «Blick» peinlich finden dürfen oder bestürzt sein können wie die «Luzerner Neuesten Nachrichten». So richtig gefreut über die Nichtprämierung hat sich eigentlich nur Dr. Martin Schlappner in der «NZZ», alias Pappi Schlappi, welcher schon immer eminent hinterhältige Sachen über die «unerhört feingewobene Agitation» in unserem Film schrieb und mit welchem Herrn Sie den Film wohl vorerst eingehend besprochen haben, dass Ihr Brief an Dindo und der Kommentar Schlappners in der «NZZ» fast wörtlich gleich tönend, auf weite Strecken. Wäre es nicht günstig, wenn Ihre Briefe in Zukunft von Pappi Schlappi mitunterzeichnet würden? Das würde die Verhältnisse transparent machen.



Herr Bundesrat Hans Hürlimann...



... und Ernst S.

Warum haben Sie den Film nicht ein bisschen mit einem andern Bundes-Experten, mit Martin Schaub («Tagi») diskutiert? Herr Schlappner steht nämlich mit seiner extremen Ansicht in der Filmkritikerkolonne ziemlich ablenkbar da, nur Fred Zaugg vom «Bund» leistet ihm noch Gesellschaft, während sozusagen alle andern bürgerlichen, will sagen liberalen Filmkritiker unsern Film einen demokratisch-fairen Geist bescheinigten. Mit Ihrem Entscheid haben Sie sich in dieser Frage an den rechten Rand des Bürgertums gestellt. Keine Rede mehr von «gesundem Mittelmaß», von «Berücksichtigung aller

sehen und dass der Staat geschützt werden muss, indem der Film nicht präferiert wird. Sie gebären sich, Herr Hürlimann, nicht als ambulante Staat, wie der Staat schlechthin und an sich: L'Etat c'est moi, Hürlimann-le-magnifique. Sie verhalten sich wie der alleinige akkreditierte Inhaber der historischen Wahrheit und nicht wie ein Diener des Staates, in welchem viele Ansichten über den historischen Ablauf möglich sind. Sie spielen Historiker. Sie als Kultur-Machthaber bestimmen, wie man gefälligst unsere Vergangenheit zu sehen resp. nicht zu sehen hat. Welches sind Ihre Qualifikationen als Historiker? Nun hat aber, jedem aufmerksamen Zuschauer ist das klar, unser Film nicht den Staat der Kriegszeit 1939/40 global und frontal angegriffen, und noch weniger die sogenannte Aktivdienstgeneration, sondern wir haben Tendenzen herausgeschält, welche miteinander in Konflikt gerieten und welche Sie als oberster Bundeshistoriker seit dem Erscheinen von Alice Meyers «Anpassung und Widerstand» und seit Bonjours Berichtserstattung sicher bestens kennen. Nie-

Bombardierung der Schweiz durch die Alliierten provozierte (siehe die Gesprächsprotokolle des britischen Attaches Lomax mit Bühler im Bonjour-Bericht); ob diese drei bedeutenden Persönlichkeiten, welche straflos ausgingen, für die Sicherheit der Schweiz nicht gefährlicher waren als der unbedeutende, erschossene Ernst S. und seine vier den Deutschen verkauften Granaten. Wer hat mehr «an die Existenz der Schweiz gerührt», wie Sie so schön schreiben? (Seite 2) Diese drei Mächtigen oder Ernst S.? Wer wagt allen Ernstes zu behaupten: Ernst S.? Wer hat den «freiheitlichen Rechtsstaat» damals «aus seiner bedroht»?

Die Tatsachen nicht verfälscht

Der Historiker Bonjour sagt in unserem Film (auf die Frage, ob die Demarchen des Oberstkorpskommandanten Wille beim deutschen Botschafter als Landesverrat zu taxieren seien): «Landesverrat ist eine juristische Frage». Das glauben wir auch: Nach dem Buch-

3

Licht zu rücken oder sie überhaupt zu exkulpieren. Unser Departement hat die erneute Beschäftigung mit jenen Vorgängen ermutigt und Ihr Vorhaben mit einem Produktionsbeitrag gefördert. Unser Entscheid, dass es erwünscht und nötig ist, sich darüber Rechenschaft zu geben, wie es überhaupt zum Landesverrat kommen konnte. Die Ermittlung der Umstände, Hintergründe und Motive der Delinquenten führte Sie dazu, deren Handeln nachsichtiger zu beurteilen, als es im Zeitpunkt, als unser Land unter dem Eindruck tödlicher Bedrohung stand, geschah. Im Gegensatz zur Nachsicht gegenüber den Delinquenten wird durch Ihren Film unterschiedliche Abneigung gegen jene geschürt, die sich in Erfüllung ihrer Pflichten gegen die Täter zu exponieren hatten. Auch bei der kritischen Würdigung ihres Tuns sind die Zeitumstände und die Schwierigkeiten, in denen sich das Land befand, zu beachten. Ihr Film trägt diesem Anspruch nicht Rechnung. Der Staat, der durch den Landesverrat aufs schwerste bedroht wird, darf eine offene und unangewogene Darstellung historischer Tatsachen nicht prämiieren und damit den Eindruck erwecken, er entschlendige nachträglich jene, die Land und Volk verraten haben, und er distanzieren sich von denen, die ihre Pflicht erfüllten. Eine Prämierung des Films würde unter den gegebenen Umständen nicht einfach als Auszeichnung seiner künstlerischen Qualität verstanden, sondern als Anerkennung der tatsachenwidrigen Unterstellung, der glei-

¹«das Konzept» druckte in Nr. 5/75 den Reportage-Text von Meienberg, welcher Ausgangspunkt für den Film war, ab; in Nr. 2/76 führte «das Konzept» ein Gespräch mit den Autoren über den Film. Jede Nummer gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion erhältlich.

Fortsetzung auf Seite 4

1987 war das Verkehrsproblem gemästert

Fortsetzung von Seite 1

Auto «weggenommen» (falls überhaupt eines vorhanden war), gerade diese Schichten haben auch am meisten unter den negativen Auswirkungen des Autoverkehrs zu leiden gehabt. Die Besserstellen waren da eher in der Lage, in ruhiger Quartiere oder Vororte auszuweichen. Immerhin scheinen sie aber doch gewisse soziale Spannungen daraus zu ergeben, das das Autofahren nun eben doch wieder eher ein «Sport» der Finanzkräftigeren geworden ist. Aber solche Spannungen können sich ja durchaus auch positiv niederschlagen.

Ein weiteres Problem bildet die tendenzielle Benachteiligung der Landbevölkerung, da der öffentliche Verkehr in den dünnbesiedelten Gebieten naturgemäss nicht so attraktiv sein kann wie in den Ballungsgebieten. Bis zu einem gewissen Grade ist dieser Nachteil durch Finanzierung von neuen Buslinien und durch Fahrpreisvergünstigungen gemildert worden. Dennoch bleiben auf diesem Gebiet noch einige Probleme zu lösen.

Den Ausweg aus der Katastrophe...

Gesamt gesehen ist aber die Zwischenbilanz dieser Verkehrsentwicklung zweifellos und absolut eine positive. Umweltbedingungen und Lebensqualität haben einen entscheidenden Schritt nach der besseren Seite getan.

Diese Bilanz gibt aber auch die Gelegenheit, einmal wieder aufzurollen, wie es eigentlich dazu gekommen ist. Man

Städte ersticken in stehenden Autoökolen und Abgaswolken, der ständige und unaufhörliche Verkehrslärm war in weiten Gebieten zu einer regelrechten Landplage geworden, die Psychiater heute als «schwarzer Juni» bezeichnen. Die meisten Verkehrsabgaben werden nach der effektivsten Fahrleistung erhoben. Bei den öffentlichen Verkehrsmitteln werden sie anhand der Jahresabrechnung berechnet, beim Individualverkehr über den Benzinpreis eingezogen.

Eine ausführliche Darstellung der Berechnungsgrundlagen dieser Verkehrsabgaben würde den Rahmen dieses Artikels weit sprengen. Zur Vorstellung der Grössenordnungen möchte ich hier aber kurz auf einige Angaben im *Personenverkehr* eingehen, vor allem im Vergleich *Personenwagen-Eisenbahn/Tram/Bus*. Alle Angaben sind auf einen Personenkilometer (Pkm) mit dem betreffenden Verkehrsmittel bezogen.

Einem ausführlichen Darstellung der Berechnungsgrundlagen dieser Verkehrsabgaben würde den Rahmen dieses Artikels weit sprengen. Zur Vorstellung der Grössenordnungen möchte ich hier aber kurz auf einige Angaben im *Personenverkehr* eingehen, vor allem im Vergleich *Personenwagen-Eisenbahn/Tram/Bus*. Alle Angaben sind auf einen Personenkilometer (Pkm) mit dem betreffenden Verkehrsmittel bezogen.

Energieverbrauch

Bei Personenwagen (PW) beträgt der Verbrauch 650 kcal/Pkm, bei der Bahn 80 kcal/Pkm (also 8x weniger), beim Tram 95 und beim Bus 200 kcal/Pkm (alles Mittelwerte). Ein Fussgänger verbraucht 75 kcal/km. Nach dem Gesetz wird nun der Verbrauch von mehr als 100 kcal/Pkm besteuert, und zwar mit 5 Rappen pro 1000 kcal. Bahn und Tram bleiben also steuerfrei. Ein Buspassagier kostet über 10 km 5 Rappen, ein PW-Insasse 27 Rappen. Für PW wird grundsätzlich mit einem mittleren Benzinverbrauch von 15/100 km, einer Besetzung von 1,5 Personen gerechnet. Das ergibt einen Benzinpreisaufschlag von -40 Fr. pro Liter.

Luftverschmutzung

Buchstäblich am schwersten wiegt die Schuld der Autofahrer bei der Verunreinigung von Luft und Boden, die nach Gewicht bemessen wird. Das Verhältnis lautet auf 40:1 für den elektrischen und 10:1 für den übrigen Kollektivverkehr. Oder absolut ausgedrückt: Das Auto gibt (im Stadtverkehr) 114 g Schadstoffe pro Pkm ab, ein Autobus 11 g!

	Bus (Fr. je 10 Pkm)	Bahn, Tram	Auto (Fr./Liter)
Energie	-05	-	-40
Luftverschmutzung	-05	-	150
Lärm (ohne Fixbetrag)	-02	-03	1-
Platzbedarf	-05	-03	-40
Unfälle	-04	-04	-70
Total	-21	-10	4-
Aufschlag auf die Transportkosten ca.	8%	5%	133%

Pkm, Eisenbahn, Tram und Trolleybus lediglich 2-3 g/Pkm. (Gewicht bei richtigerem Kollisionswert, Kohlenmonoxid, Stickstoffdioxid, Schwefeldioxyd, Blei, Russ und Staub.) Der extremen Unterschiede wegen erfolgt die Besteuerung nach einer progressiven Skala. Pro Liter Treibstoff ergibt sich ein Zuschlag von 1.50 Fr.; ein Buspassagier müsste 15 Rappen auf 10 km entrichten, während Bahn und Tram «straffrei» ausgehen.

Zweigeteilter Lärmtarif

Neben der Luftverschmutzung ist der Lärm wohl die schlimmste Auswirkung des Verkehrs. Etwa die Hälfte der Schweizer Bevölkerung leidet unter Verkehrslärm, der in schweren Fällen nachweislich zu Gesundheitsschädigungen führt, bei Kindern sogar zu Entwicklungsstörungen.

Eine Besteuerung des Lärms beim Strassenverkehr allein über den Benzinpreis wäre ungerecht, da die starken Unterschiede zwischen den verschiedenen Fahrzeugtypen nicht widerspiegeln würden. Andererseits produziert aber auch das leiseste Auto noch störenden Lärm, und wenn es nur die Rollgeräusche sind. Zudem nehmen mit der Geschwindigkeit Lärm und Benzinverbrauch zu. Die Lärmbesteuerung erfolgt deshalb über einen *fahrgeschwindigkeitsabhängigen Fixbetrag* und über einen *gebrauchshängigen Benzinzuschlag*. Der Fixbetrag ist so bemessen, dass sich für den Fahrzeughalter die Kosten für Dämpfungsmassnahmen am Fahrzeug unbedingt lohnen. Er beträgt 100-500 Fr. pro Jahr bei Personewagen und bis 2000 Fr. bei Lastwagen, Strassenbahn usw.

Der Treibstoffzuschlag ist auf 1 Fr. beim Benzin und 2 Fr. beim Diesel festgesetzt. 10 Pkm im Bus werden mit 2 Rappen, in Tram und Zug mit 3 Rappen belastet. (Stark gewichtet wurden die zeitliche Verteilung des Lärms und die Art seines Auftretens beim Kollektivverkehr regelmässig und kurz, beim Individualverkehr unregelmässig über die ganze Zeitsdauer.)

Raumbeanspruchung

Ein Automobilist beansprucht fünf bis neunmal mehr Raum als der Benutzer eines öffentlichen Transportmittels. Die Raumsteuer ist auf 15 Rp. pro 100 qm angesetzt. Auf 10 km macht das beim Massenverkehr 3 bis 5 Rappen aus, beim Auto 40 Rp./Liter.

Auf eine im Schienenverkehr verunfallte Person (verunfällen 50 auf der

Strasse. Auf einen Schienentoten fallen 9 Strassentote (immer auf dieselbe Anzahl Personenkilometer bezogen).

Ein grosser Teil der Unfallfolgen ist durch die Versicherungsprämien nicht gedeckt, z. B. Produktionsausfälle, Invaliditäten, Spitaldefizite, ganz abgesehen von den nicht bezifferbaren immateriellen Werten. Entsprechend

Nachbemerkung des Ketzers

Ich bin mir bewusst, dass diese Geschichte von der Umstrukturierung des Verkehrs eher von weniger Utopie ist; dass die Realisierungschance für ein derartiges Konzept fast gleich Null ist.

Ich bin mir auch bewusst, dass das Verkehrsproblem komplexer ist, als es hier zum Ausdruck kommt. Dass es letztlich auch ein Frage der Siedlungsstruktur und -politik geht. Man müsste, um nur einige Beispiele zu nennen, auch Massnahmen gegen die Shopping-Center auf der grünen Wiese treffen. Man müsste aufhören, Einfamilienhaus-Siedlungen zu bauen. Man müsste die funktionale Entmischung der Städte aufhalten und rückgängig machen.

Es geht vielleicht um die Grundsatzfrage, ob «das Rad der Geschichte zurückgedreht» werden kann. Es wird tatsächlich schwierig sein, eine falsche Siedlungsstruktur rückgängig zu machen. Es wird auch schwierig, oder weniger schwierig sein, die Automobilbildchen zu senken. Es genügt nicht, angesichts von 2 Millionen Motorfahrzeugen von der «Tatsache einer vollmotorisierten Schweiz zu fasseln, wie das kürzlich aus bundesräthlichem Mund zu hören war, und dann gemächlich oder gemächlich? die Hände in den Schooss zu legen.

Es gibt keine vollmotorisierte Schweiz, und es wird nie geben, so wenig wie es je eine vollverfahrlantheuisse Schweiz wird geben können. Es wird immer eine ansehnliche Anzahl Menschen geben, die freiwillig oder unfreiwillig über kein Motorfahrzeug verfügen. Und wenn der Anteil dieser Menschen relativ abnimmt, so bedeutet das nur, dass deren Bedürfnisse und Rechte noch mehr als bisher mit Füssen getreten werden.

Die Frage ist nicht nur: Wie viele Autos werden wir in der Schweiz? Sondern auch: Wieviel fahren diese Autos herum? Und wie viele Autos werden es in zehn Jahren sein? Mehr? Oder weniger?

Wenn der zerstörerische Individualverkehr tatsächlich eingedämmt werden soll, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten:

1. Dringlichste Massnahmen (Verbote); sie sind äusserst schwierig durchzuführen und zu kontrollieren.
2. Eine massive Verwertung der unerwünschten Verkehrsarten, am besten verbunden mit einer zielgerichteten Beschränkung des Verkehrsraumes.

Oder man lässt eben weiterhin alles seinen Lauf nehmen und wartet auf die endgültige Ölkrise.

Ich habe hier einmal die zweite Möglichkeit durchgespielt. Eigentlich weniger in der Meinung, der Rad der Entwicklung zurückzudrehen, als es vorwärts zu drehen. Aber «vorwärts» ist eben auch nicht für alle Leute dasselbe.

Beat Schweingruber

PS: Die im Artikel verwendeten Angaben über die Umweltbelastung durch die verschiedenen Verkehrsmittel sind wissenschaftlich erarbeitet und entstammen der in der Fussnote erwähnten Studie. Einige die hier dafür eingesetzten Tarife sind teilweise nach politischen Kriterien festgesetzt und solchermassen diskutierbar.

das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Texte zur Arme

Das Soldatenkomitee Bern gibt folgende Broschüren heraus:

«Rechtsilfe in der Arme» (Wie eine Beschwerde schreiben/Hüsch-Befehl/scharfer Arrest ist illegal/waffenloser Dienst?/Arbeitslosigkeit u. a.)

«Die Rekruten wehren sich» (Rekruten erzählen von ihrem Widerstand gegen die Arme.)

«Diskussionstexte zur Arme» vom SK Bern (Funktion der Arme/Parteien zur Arme/Zwillingen/Wie vorgehen in der RS?/Das Entstehen der Soldatenbewegung usw.)

Zu bestellen für je 2.50 Fr. beim Soldatenkomitee Bern, Postfach 4038, 3001 Bern.

Revolution für die Freiheit

Oder «Stationen eines politischen Kampfes» erzählt die Geschichte von Paul und Clara Thalman, zweier Altrevolutionäre aus Basel.

Paul Thalman, geb. 1901 in Basel, ist Absolvent der Arbeiteruniversität in Moskau, Journalist (Basler «Vorwärts», Schweiz) und Schriftsteller. Spätkämpfer und aktiver Antifaschist, Clara Thalman, geb. 1908, ebenfalls in Basel, führt 1936 als Schwimmerin an die Arbeiterolympiade nach Barcelona. Vom Franco-Putsch überrascht, engagiert sie sich an der Aragon-Front. 1937 wird sie in den Bergen von der spanischen GPU (Geheimpolizei) verhaftet, entkommen nach Paris, wo sie ihren Kampf gegen den Faschismus fortsetzt.

Die beiden Lebensgefährten schildern in einem spannenden und geistreichen autobiographischen Bericht den politischen Kampf, der im Spanienkrieg seinen Höhepunkt findet.

Der ursprüngliche Text, der 1974 im Walther-Verlag erschienen ist, wurde nun neu im Verlag «Association», Hurnburg, aufgelegt und um einen weiteren Teil ergänzt, der den Kampf in der Pariser Résistance beschreibt.

«Privat»-Verkehr?

Der Individualverkehr hat mit der räumlichen Trennung von Arbeits-, Wohn- und Erholungsgebieten ein kaum mehr steuerbares Ausmass angenommen. Der Fahrzeugstrom verlangt entsprechende Verkehrsanlagen. Das Auto wird zum Massstab der Stadt- und Landschaftsplanung.

Durch die öffentliche Verwendung unterscheidet sich das Auto von anderen, für den privaten Gebrauch hergestellten Waren. Von privatem Verkehr kann heute nicht mehr die Rede sein. Die Auswirkungen auf Wirtschaft, Architektur, Landschaft oder allgemein auf die Umwelt sind ein Teil der Öffentlichkeit geworden.

Wann wird die Freiheit des einen zur Unfreiheit des andern?

(Zitate aus einer Photoausstellung «Verkehr und Umwelt» von Max Frey, Schüler der Photoklasse der KGS Zürich)

darf nicht vergessen, dass noch vor zehn Jahren kaum jemand an einen Ausweg aus den damals katastrophalen Zuständen geglaubt hatte. Man fühlte sich in einer Art Eigengesetzlichkeit des Automobils gefangen, in einem Teufelskreis, der nicht zu durchbrechen war. Die wenigen, die damals schon eine radikale Abkehr von der Ergebenheit in den Individualverkehr forderten, wurden als naive Spinner oder realitätsfremde Utopisten abgetan. Daran änderte auch die Erdölkrise von 1973 nicht viel, da deren auftritte Wirkung rasch wieder in der Ölschwemme unterging.

Die erstaunliche Wende nahm ihren Anfang in der Mitte der 70er Jahre. Es war die Zeit, da das Versagen der bisherigen Verkehrspolitik immer offenkundiger wurde und immer mehr ins Bewusstsein der Bevölkerung drang. Die

Ach, Herr Hürlimann...

Fortsetzung von Seite 3

nister zu sehr strapaziert. Und schlussendlich müssen Sie mit Kollega Gnägi wöchentlich mindestens einmal verkehren, mit uns aber nicht; der Gruppenzwang hat wieder einmal funktioniert, und auch der Klassenzwang.

Also dann, wir machen. Rekurs an den «Schw. Bundesrat», an den Gesamtbundesrat. Das Justiz- und Polizeidepartement muss den Rekurs prüfen und dem Bundesrat zur Annahme oder Ablehnung empfehlen. Vorsteher dieses Departements ist Ihr CVP-Parteiführer Dr. Kurt Furgler, der seinerzeit in Sankt Gallen mit Dr. Karl Eberle (CVP) zusammen ein Advokaturbüro hatte (Büro Eberle/Hüppi/Furgler). Dreimal dürfen Sie raten, was Herr Furgler dem Gesamtbundesrat empfiehlt. Aber vielleicht macht sich der Schweizerische Bundesrat einen besinnlichen Abend, sieht sich kollektiv in aller Ruhe unseren Film an. Für Erläuterungen bin ich gern zur Stelle, bin für ein paar historische Fussnoten immer zu haben und verleihe, Herr weiland Oberst iGst Hürlimann, Ihr

Niklaus Meienberg

PS: Bald werden wir dank Ihnen wieder ein bodenstädtiges, bodenhaltiges Filmschaffen haben in der Schweiz. Anne-Bibi Jowäger, Bäckerei Zürcher und Schoggi Streuli sind wieder stark im Kommen, und der kritische Dokumentarfilm ist im Gehen.

1 Eine solche Studie «Belastung der Umwelt durch den Verkehr» ist 1973 im Auftrag des Eidg. Amtes für Verkehr vom Ingenieur- und Planungsbüro Basler & Hofmann in Zürich tatsächlich ausgearbeitet worden. Die in diesem Artikel angeführten Werte basieren auf dieser Studie.

Fall Cincera - Gretchenfrage nach den Freiheitsrechten

Lackmusprobe Cincera

Beinahe alle paar Sonntage böte die direkte Demokratie schweizerischen Zuschnitts dem Bürger Gelegenheit, an der Urne Farbe zu bekennen. Weit mehr als eine Abstimmung hat der Fall Cincera die Konturen der politischen Landschaft deutlich gemacht...

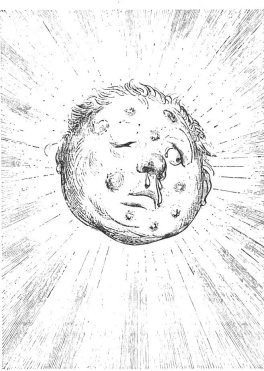
Lackmusprobe für die Frage, wie es die Bürger dieser Schweiz mit den demokratischen Freiheitsrechten halten. Wir diskutierten diese Frage anhand der öffentlichen Reaktionen zum Fall Cincera mit unserem Mitarbeiter Jürg Frischknecht, der als Mitglied des «Demokratischen Manifests» (DM) an der Aufklärung der Eiterbeule Cincera beteiligt war.

«das Konzept»: «Watergate in Zürich» war eine beliebte Schlagzeile der Presse. Jürg Frischknecht: Mit den Schlagzeilen hört der Vergleich zu Watergate aber auch schon auf. Schlagzeilen sind billig, Fakten sind teuer. Watergate-Titel kosten nichts. Aber es würde die Anstrengung entsprechend bezahlter Journalisten kosten, hart am Ball zu bleiben...

Schlagzeilen sind billig, Fakten sind teuer. Watergate-Titel kosten nichts. Aber es würde die Anstrengung entsprechend bezahlter Journalisten kosten, hart am Ball zu bleiben...

Rechtspresse: Cincera entlasten

Was gibt es rechts der «NZZ»? Eine ganze Reihe von Zeitungen, vor allem auf dem Lande. Den Namen Zeitung verdienen sie eigentlich nicht, wie die Cincera-Affäre gezeigt hat. Zeitung ist ja gleichbedeutend mit Neuigkeit, mit Nachricht. An Nachrichten und Inform...



Voller Sorg und Not blickt das Bürgertum um sich, was da mit seinem Image angestellt wird. (Zeichnung: G. Doré)

Schlagzeilen statt Fragen

Mit andern Worten: Cinceras Dunkelkammer ist noch nicht ausgeleuchtet? Eine sensationsgierige Presse hat die ersten DM-Enthüllungen über Cincera gierig aufgenommen und sie in den Worten hochgespielt. Erwarten und warten - das war die Devise mancher Redaktoren. Sie sassen in der warmen Redaktionsstube am Schreibtisch und warteten auf weitere Enthüllungen aus dem «Untergrund»...

Du kritisiert, ein Teil der Presse habe zu lahm und zu laut reagiert. Wie erklärst du dir, dass Samuel Sigrist, Chefredaktor der «Basler Nachrichten», den Fall Cincera als einen «Fall Massenmediem» hinstelle, womit er meinte, die Medien hätten sich kritikallos vor den DM-Karren spannen lassen? Man soll nicht alles ernst nehmen, was S. S. schreibt. Er gehört zu jenen standhaften Journalisten, die sich durch Fakten und Argumente nicht von ihrer vorgefassten Meinung abbringen lassen...

Die Stossrichtung von «NZZ» und Farmer-Aktion war: Linke (Sozialdemokraten), distanzieren sich von den Linksextremen! Es ist weder neu noch aufregend, dass der «NZZ» die SP nur so lange lieb ist, als man sie am bürgerlichen Gängelband kontrollieren kann. Die Distanzierungsfordern der «NZZ» ist absurd und läuft darauf hinaus, die zu ächtenden Linksextremen von den Freiheitsrechten auszuschließen. Es liebt nur mal in der Natur der Sache, dass «Linksextreme» den Abbau demokratischer Rechte früher zu spüren bekommen als vielleicht ein SP-Mitglied oder gar ein «NZZ»-Redaktor. Deshalb wehren sie sich zusammen mit allen entschlossenen Freiheitsrechtlern gegen die Gesellschaft der Welt, die immer wieder betont, die Freiheitsrechte würden für alle gelten.

Engagement ist nicht gefragt

Hast du eigentlich nur die «NZZ» und rechtsbürgerliche Blätter gelesen? Mich interessiert hat die Innenarchitektur der Bürgersteue. Aber gehen wir einen Schritt nach links zum «Tagess-Anzeiger». Objektiv gilt dort (und anderswo), was ausgewogen ist. Nach TA-Massiven scheint jener der Wahrheit am nächsten, der Hebe und Kritik immer schön auf beide Seiten ausgewogen verteilt. Und wenn die Wirklichkeit einmal nicht ausgewogen, sondern parteiisch ist, wenn Cincera-Praktiken zum Himmel stinken? Dann fällt dem TA auch die Nüssli herunter der Hack ein, damit die hochwöhlbliche Ausgewogenheit nicht aus dem Gleichgewicht kommt. Wenn schon Cinceras Methoden unsauber sind, dann sind die Machenschaften des DM fragwürdig, und wenn man schon nicht um den Ex-Strömer Nüssli herumkommt, so meldet man das nur zusammen mit dem «roten Gasser» - was schon eine ziemliche Zustimmung ist, aber Hauptsache, die Ausgewogenheit stimmt.

Parteiliches Farbe bekennen, sich Engagements und Eiferen ist bei vielen Schweizer Zeitungen wenig gefragt. Mehr gefragt sind distanzierter-deputierte Feststellungen, wie weit die politischen Sitten bereits heruntergekommen seien, dass es halt auf beiden Seiten Extremisten gebe, wie bedauerlich die fortschreitende Polarisierung sei usw. Wenn es in dieser Sache Extremisten gibt, die für eine Polarisierung und Sittenverfallung verantwortlich sind, dann ist es ein Cincera, der die Spitzmethoden eingeführt hat. Ausdrücklich betonen möchte ich, dass eine ganze Reihe von Zeitungen auch Recherchierarbeit geleistet hat (z. B. «Blick», «Schweizer Illustrierte» und wirklich liberale Kommentare brachte (z. B. «National-Zeitung», «Luzerner Neueste Nachrichten», «Leserzeitung»).

Inserenten und Leserbriefaktionen

Die Zeitungen bestehen ja nicht nur aus Textspalten, sondern auch aus Inseraten... und Leserbriefseiten. Als die Cincera-Freunde sahen, dass sie in vielen Zeitungen in den redaktionellen Spalten keine Chance mehr hatten, flüchteten sie in die Leserbriefspalten und die Inseratspalten, wo beliebt, wer bezahlt. Der grösste Teil der Pro-Cincera-Leserbriefe geht auf eine organisierte Aktion von Hans Scharp zurück: «Ich wäre Ihnen äusserst dankbar, wenn Sie Herrn Cincera helfen könnten, aus der gegenwärtigen publizistischen Isolierung herauszukommen. Jede Stimme, jeder Leserbrief oder Artikel zählt. Ich erlaube mir, Ihnen dazu einige Gedanken beizulegen.» Wenige Tage später waren diese Gedanken als «Stimme des Volkes» überall zu lesen - ganz besonders aber im «Aargauer Tagblatt». (Dass der Kanton Aargau in spontanen Publikumsreaktionen führend ist, weiss man spätestens seit der Beschwerdeflut gegen die Soldatenkomitee-Sendung des «Berichts vor acht»; die meisten Beschwerden stammten damals aus dem Kanton Aargau, einige wenige von auswärts, so von Hans Scharp.)

Was hältst du von der Freiheit und Verantwortung der Farmer-Aktion? Die waren besonders viel. Farmers und Cinceras sind alles andere als gute Freunde. Aber ihr Finger in der rauhen Luft meldete den Aktünlern, dass zahlreiche Bürger über das schamlose Treiben der bösen DM-Extraktoren verärgert seien, dass eine Profilierungsaktion der Aktion vielleicht Erfolg hätte. Sie hatte. Die ganzseitigen Inserate in der ganzen Schweizer Presse haben die Farmer-Aktion mehr Geld gebracht, als der Spass bisher gekostet hat. Offenbar hatten die Farmer-Texte einigen kaputtgekräftigen Herren aus der grollenden Seele gesprochen. Leserbriefschreiber und Farmer-Aktion

stellen sich stets als Verkörperung des Rechtsstaates hin.

Diese «Patrioten» haben ein sehr gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat. Die Cincera einen privaten Kontrahenten-Staatschutz aufbaut, so ist das grösste Misstrauensvotum an den Rechtsstaat, das man sich denken kann. Cinceras Leserbrief-Verteidiger appellieren an den Rechtsstaat und diffamieren gleichzeitig Manifest-Mitglieder zu Kriminellen, noch bevor diese angeklagt sind.

Manifest-Mitglieder, die sich für demokratische Freiheitsrechte einsetzen, werden in Leserbriefen und Kommentaren zu Extremisten gestempelt. Wie weit sind wir eigentlich schon wieder? Oder noch? In manchen Leserbriefen äusserte sich dümmster Antikommunismus bis hin zum Wunsch nach Lynchjustiz. Das ist nicht einmal mehr als WC-Sprach lustig. Der kalte Krieg hat sich tiefer in manche eigenössische Hirnrinde gefressen als vermutet. Was soll das, wenn sich solche Leute als Demokraten und Inkarnation des Rechtsstaates aufspielen? Sie verwechseln ihr Engagement für die bestehenden Machtverhältnisse mit einem Bekenntnis zu schönen Prinzipien, die sie immer nur unverbindlich-abstrakt statt konkret-gültig verstehen.

Die Freiheitsrechte verteidigen

Welche Prinzipien? Die Freiheitsrechte, für die sich das DM wehrt. Im Zug der 1848er Revolution haben sich die Liberalen die bürgerlichen Freiheitsrechte wie Pressefreiheit, Vereinsfreiheit usw. erkämpft. Dem Anspruch nach gelten diese Rechte für alle, oder sie gelten eben nicht. Doch die Macht samt Aufrechterhaltung ist den Enkeln der 1848er Revolutionäre lieber und näher als die Grossväterprinzipien. Die Gretchenfrage, welche Personen heute die Freiheitsrechte (noch) für sich beanspruchen können, hängt mehr von der Machtverhältnisse als vom Prinzip, wonach immer noch jeder Schweizer vor dem Gesetz gleich ist. Wenn es um die Erhaltung ihrer Macht geht, biegen die heutigen Etikett...

Die Feinde erkennen

Demokratisches Manifest Ernst Cincera - «das Konzept», Nr. 12/76 Aufgrund von Dokumenten, die in der Privatarchiv der DM gesammelt wurden, inszeniert die Arbeitsgemeinschaft «Demokratisches Manifest» (DM) seit rund zwei Wochen in der Öffentlichkeit eine systematische Hetzkampagne gegen Ernst Cincera. Trotz gross aufgezogenem «Entlarvungs»-Spektakel hat sich publizistische Ausbeute der gescheiterten Dossiers bislang als eher dürftig erwiesen: Bis zum Augenblick haben sich gegen Herrn Cincera keine Verdachtsmomente betreffs strafbarer Handlungen ergeben, die es rechtfertigen wür...



Leserbriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion «das Konzept» Rämistrasse 66, 8001 Zürich.» Kurze Zuschriften freuen uns besonders.

den, gegen ihn ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Wohl aber ist bekannt, dass unnahtlos Mitglieder der DM gesetzwidrige Handlungen begangen haben. Es muss daher notabene erstaunen, wie unkritisch sich hier eine Staatsverantwortung mittragende Partei wie die SP offenkundig mit dem DM identifiziert und solidarisiert, also Illegalitäten deckt. Wie wir wissen, haben aber gerade wir jene Kreise, die jetzt E. Cincera «perfidie Gesinnungsschnüffelle» vorwerfen, selber Karteien angelegt, fleissig Zeitungsartikel, Photos usw. gesammelt und sich sogar coram publico damit gebrüht. In welchen dubiosen Archiven sind wohl die Photos der bürgerlichen GSR-Kandidaten der letzten paar Semester verschwunden? Ihren Eigentümern wurden sie nie zurückerstattet, sondern sie tauchen jetzt mitunter wieder auf (etwa in der «Leser-Zeitung»). Das DM hat effektiv wenig Handfestes gegen Cincera vorzuweisen. Daher

tenliberalen ihre ererbte Theorie zur-recht - bis zur Pervertierung. Die Freiheit muss im Interesse der Freiheit für die Feinde der Freiheit aufgehoben werden, lautet die Formel, wobei als unausgesprochen vorausgesetzt ist, dass die Mächtigen definieren, wer ein Feind der Freiheit ist.

Kannst du nicht konkreter werden?

Ich erinnere mich gut, wie es mir kalt den Rücken herunterfiel, als letztes Jahr auf Boltern der Präsident der Zürcher Freisinnigen, Nationalrat Rudolf Friedrich aus Winterthur, eiskalt etwa auf dieser Linie referierte. Den wirklich liberalen Standpunkt vertrat dort der Sozialdemokrat Adolf Muschg. Man gewöhnt sich nachgerade daran, dass nicht Freisinnige, sondern Sozialdemokraten wie Muschg, Gerwig oder Bäumlin die freiheitlichen Prinzipien am energischsten verteidigen, jawohl: verteidigen gegen Angriffe, für die zu einem schönen Teil Freisinnige die Verantwortung tragen. Seit die Freiheitsrechte von den «Falschen» beansprucht werden, beschäftigen sich die Freisinnigen lieber mit dem Einschränken.

Ziehst du eine Lehre aus der ganzen Affäre?

Noch deutlicher als bisher ist mir bewusst geworden, dass Demokratie kein Geschenk ist, das man einmal erhalten hat und dann besitzt. Demokratie ist noch nicht verwirklicht, wenn ein paar wolkigende Frey nur verteidigt werden, wenn sich alle entschlossenen Demokraten in einer breiten Sammelbewegung zusammenschliessen. Weil die Verwirklichung der Demokratie eine Frage der Machtverhältnisse ist, will das Demokratische Manifest die Fraktion der Demokraten stärken. Dieser breite Zustrom neuer Manifest-Mitglieder zeigt, dass viele Schweizer - gerade auch angesichts des Falles Cincera - be-griffen haben, wie nötig ein solcher Zusammenschluss ist.

sollen nun Einzelpersonen diffamiert werden: Die blosse Tatsache, Herrn Cincera bei Gelegenheit einmal persönlich kennengelernt zu haben, genügt, als Demunziant und Zeuge für ein Verbrechen zu werden. Persönlich habe ich unmissverständlich fest, dass ich Ernst Cincera nie «mit konkreten Informationen über die Universität beliefert» habe. Die entsprechenden Behauptungen im Wochen-Bulletin Nr. 6 der Studentenschaft sind in bezug auf meine Person schlicht tatsachenwidrig und verleumdend. Der KSR wird sich deswegen u. a. auf meine Veranlassung hin vor den Aufsichtsorganen zu verantworten haben. Richtig ist, dass ich Herrn Cincera einmal einen (von mir verfassten) ihn betreffenden Leserbrief an den TA nur Kenntnisnahme zugesandt habe. Hierbei ging es um keine studentische Angelegenheit, sondern um eine öffentliche Veranstaltung in der Zürcher Börse.

Um materiell-rechtlichen Aspekt der Affäre meine ich. Die Öffentlichkeit, die Bürger, die sich in ihrer überragenden Mehrheit zu unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat bekennen, haben grundsätzlich ein Anrecht darauf, zu erfahren, wer zu den eingeschworbenen Feinden dieser unserer liberalen Ordnung gehört. Die fundierte Information und Dokumentation über öffentlich zugängliche Aussagen und Vorgänge entsprechen durchaus einem legitimen Bedürfnis einer breiteren Allgemeinheit. Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden erachte ich für selbstverständlich. Diese Toleranz darf aber nicht in Ignoranz in völlige Blindheit gegenüber Extremismus umschlagen.

Wie immer man auch die Methoden Cinceras im einzelnen bewerten mag, so verdient es doch gewürdigt zu werden, dass Ernst Cincera die öffentliche Auseinandersetzung nie gescheut und sich selbst vor betont linkem Publikum seinen politischen Gegnern gestellt hat. Sollte er sich widerrechtlich Dokumente angeeignet haben, wird er wie jeder andere zur Rechenschaft gezogen. Die Sachverhalte abzuklären, bleibt Aufgabe der zuständigen Untersuchungsbehörde. Beat R. Zimmermann

AIR BAHAMA SÜDAMERIKA - MITTELAMERIKA - ÜBER DIE BAHAMAS. * Nassau ab Fr. 897.- * Lima ab Fr. 2.041.- * Bogota ab Fr. 1.592.- * Quito ab Fr. 1.690.- * Mexico ab Fr. 1.355.- (Cancun) * Jamaica ab Fr. 1.147.- * Miami ab Fr. 1.064.- 4 x wöchentlich ab Luxemburg mit DC-8 Super Jets. Auskunft in jedem Reisebüro, oder Coupon direkt an AIR BAHAMA.

Alle wünschen Ihnen ein gutes Neues Jahr. Wir möchten etwas dafür tun! Sie helfen mit, wenn Sie «das Konzept» abonnieren. «das Konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt (Ausweiskopie belegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr. Ich bestelle ein Abonnement «das Konzept» (Zutreffendes ankreuzen): [] Februar bis Dezember 77 für 14 Fr. (Ausland 18 Fr.) [] zum Schülerpreis von 10 Fr. (Ausweiskopie belegen) [] zusammen mit dem «zürcher student» (Februar 77 bis Februar 78) für 24 Fr. [] Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag) Name, Vorname: Adresse: PLZ, Ort: Beruf: Datum: Talon einsenden an: «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das Konzept» über einen Bekannten*/als Probeabnehmer*/am Kiosk*/auf ein Inserat in nächstehend genannter Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (*Zutreffendes unterstrichen). Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgendem/n Bekannte/n): dk 77/1

Wie alternativ kann der Schweizerische Studentenreisedienst (SSR) sein?

Reisen auf neuen Gleisen

Der Studentenreisedienst ist den meisten Studenten als Schalter bekannt, wo man billige Reisen buchen kann. Der SSR will aber nicht bloss eine Konkurrenz zu den kommerziellen Reisebüros sein, sondern auch neue Wege beschreiten: zum einen mit interessanten Reisezielen, mit einer kritischen Reiselhaltung, welche den Studenten nicht bloss einen Touristeneinblick in andere Länder ermöglichen soll, sondern auch einen Kontakt mit den Problemen dieser Länder. Zum anderen aber

würden im SSR Formen gesucht, wie die Studenten ihre Interessen im Betrieb geltend machen können, damit der SSR eben wirklich ein *Studentenreisedienst* sei. In neuester Zeit hat sich im SSR eine Diskussion verschiedener solcher Möglichkeiten entwickelt. Der folgende Artikel zeigt diese Diskussion auf und vertritt eine bestimmte Haltung. In der nächsten Nummer werden wir die anderen Standpunkte zu Wort kommen lassen.

«Variationen zum Thema Struktur» so könnten die sich im letzten Jahr häufenden ausserordentlichen Generalversammlungen (a. o. GV) des SSR überschrieben werden. Und was heute unter dem Namen Strukturfrage behandelt wird, gehört zu einem längst bekannten SSR-Thema: die Lösung von seinen rechtlichen Trägern, den studentischen (Studentenschaften und Technikumstudenten) Genossenschaftern. Einige Stationen dieser Lösung zeigen dies.

«Kindheit» des SSR

1960 vom VSS geboren und einige Jahre innigst mit ihm durch Personalunion verbunden, schneidet 1962 das Kind die Nabelschnur durch, indem eine Genossenschaft gegründet wird. Schon kein Kind mehr, rekrutiert es als bald den Verwaltungsrat aus eigenen Reihen. 1968: Der inzwischen professionalisierte Betrieb kann es nicht länger dulden, dass der VSS mit den Richtlinien für die allgemeine Studententouristik auch die Tätigkeit des SSR mehr oder weniger verbindlich festlegt.

Die GV kann von da an nur noch über die statutarisch vorgesehenen Richtlinien den Genossenschaftszweck jeweils aktualisieren. In folgenden letzten Jahren wächst und wächst der Jugendliche in voller Selbstbestimmung zu einem der kapitalistischen Umwelt angepassten Betrieb, welcher seine jugendfrische marktgerecht durch eine gewisse «Lässigkeit» verwertet (junge dynamische Manager, man darf den Direktoren «Du» sagen).

Die faktische Lösung von den Studentenschaften wird von der Betriebs-

führung angestrebt und auch nahezu vollzogen. Neuerdings aber schlägt sich die Lösung auch in Vorschlägen der Verwaltung zur rechtlichen Beseitigung der Verselbständigung des Betriebs nieder, wozu aber das Einverständnis der GV erforderlich ist.

Die studentischen Interessen

Diese neue «Wende zum Rechtlichen» ist daraus zu erklären, dass sich die Genossenschaft vor einigen Jahren mit Schrecken der Eigendynamik des Betriebs bewusst wurden. Sie setzten sich durch aktiven Gebrauch ihrer allerdings sehr beschränkten – Rechte in der GV ein, um einen sowohl von den Produkten wie von der Betriebsstruktur her für sie verantwortbaren Laden zu realisieren. Die Zielsetzung des SSR wirklich sein sollte. Die GV versuchte die erstarrte Hierarchie zu durchbrechen: Durch die Wahl «eigener» Verwaltungsräte und durch die Unterstützung der gleichzeitig entstehenden Mitbestimmungsbewegung im Personal, welche die einzige ernsthafte Bedrohung der internen Machtverhältnisse darstellte, war vorauszusehen, dass dieser neue Kurs den Widerspruch derjenigen hervorruft würde, welche sich entweder eine Machtstellung innerhalb des verselbständigten Betriebs hatten auf-

bauen können oder sich nicht mit dem Ziel eines Alternativbetriebs befremden konnten.

Die Spaltung des Personals

Weitaus ernster zu nehmen war für alle Beteiligten die Folge, dass sich das Personal daraufhin in zwei Parteien spaltete, von denen die eine sich für die Mitbestimmung einsetzte und einen Koalitionspartner in der GV fand, die andere sich aber am Status quo orientierte und in der GV die Wurzel des Übels sah. Durch diese Stellung als Bündnispartner und Buhmann zugleich erhielt die GV eine im Vergleich zu ihren rechtlichen Möglichkeiten völlig unverhältnismässige Aufwertung.

Die gegensätzlichen Positionen

Aus der erwähnten Aufwertung heraus wird klar, weshalb die GV heute so umstritten ist, und auch, wie die gegensätzlichen Positionen aussehen:

- Die Rechte der bisherigen Genossenschaft müssen an den Betrieb übergeben (Aufhebung der GV oder Stimmmehrheit für das Personal).
- Entweder: Übergabe der GV-Rechte an das Personal, sobald im Betrieb demokratische Strukturen gesichert sind. Oder: Da solche Strukturen kaum gesichert werden können, weil Marktgesetze und Eigendynamik tendenziell den Betrieb immer auf Kommerzkurs bringen werden, sollen GV-Rechte als (schwache) Gegenkraft erhalten bleiben.
- Für den Fall, dass sich zeigen sollte, dass der Betrieb gar nicht wesentlich

verändert werden kann, sollen jedenfalls Namens- und Verkaufsrechte den Genossenschaffern weiterhin zustehen, damit die Möglichkeit zum Aufbau eines anderen studentischen Reisedienstes erhalten bleibt.

Streik und Entlassungen

Die erste Position trat im letzten Frühling in Erscheinung, als der Verwaltungsrat einen Antrag stellte, welcher die Verselbständigung des SSR in der Rechtsform einer Stiftung vorsah, mit dem einzigen und offen ausgesprochenen Ziel, die störende GV aufzuheben. Der Antrag wurde – nach Überprüfung durch eine Kommission – abgelehnt. Im Sommer folgte der Streik der engagierten Angestellten. Bei der Reaktion auf den Streik wirkte sich die Spaltung des Personals am stärksten aus: Die Nicht-Streikenden forderten mit massivem Druck die Entlassung der streikenden Kollegen... was denn auch geschah; gegen den Willen eines Teils

unter Bedingungen zustimmten. Der Beschluss wurde aber schliesslich von Personal und Verwaltung abgelehnt. Der Verwaltungsrat briefte deshalb nochmals eine a. o. GV ein, welche am 20. Dez. der «Kompromissfindung» dienen sollte, in Wirklichkeit aber demselben, vom Personal unwesentlich abgewandelten, Antrag zustimmen hätte.

Dieser Antrag sieht vor, dass jeder festangestellte SSR-Mitarbeiter das Recht hätte, Einzelgenossenschaffer des SSR zu werden. Im Klartext: Die GV soll durch rund 70 neue Personengenossenschaffer (zu den etwa 20 bisherigen stimmberechtigten Körperschaftsvertretern) erweitert werden. Dieser Antrag wurde mit einer den meisten Genossenschaffern aus dem Herzen gesprochenen Begründung, nämlich der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit, serviert.

Das führte denn auch dazu, dass die sich seit je für die Mitbestimmung des Personals einsetzenden studentischen Genossenschaftsvertreter sich plötzlich für die Legitimität ihrer eigenen Vertretung im SSR wehrten, wobei auf einer – falschen – Argumentationsebene die Machtfrage im SSR angesprochen wurde.

Die Macht liegt im Betrieb

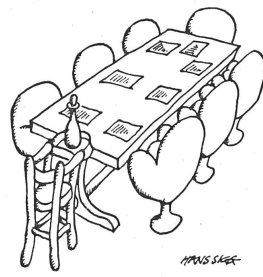
Die reale Machtfrage wurde umgangen, indem die Diskussion auf das einzige Gremium beschränkt blieb, in dem sich die Studenten artikulieren können, und dann gefragt wurde: «Weshalb wollt ihr eure Rechte nicht abgeben – ihr seid doch für Mitbestimmung?»

Wird die gestellte Frage nicht nur auf die GV bezogen, sondern richtigerweise auf den SSR als Ganzes, so lautet ihre Antwort umgekehrt: Genau wenn wir für Mitbestimmung sind, sind wir dagegen, dass die betriebsinternen Machtstrukturen auch noch auf die GV ausgedehnt werden. Genau dies würde aber durch die Aufnahme des Personals bewirkt.

Hin zum Kommerz

Sowohl die bis jetzt – und tendenziell immer vorhandene – Eigendynamik des Betriebs in Richtung Kommerzialisierung, wie auch das grosse Übergewicht der Manager in einem hierarchisch aufgebautem Betrieb – und das ist der SSR – würden verstärkt, wenn die Betriebs-

Fortsetzung auf Seite 8



Sitzungszimmer eines zeitgemässen Betriebes mit Mitbestimmung

des Verwaltungsrates, trotz schärferer Proteste und Verurteilung von den in dieser Frage machtlosen Genossenschaffern.

Personal als Genossenschaffer

An der a.o. GV vom November 76 hatte die Verwaltung einen Antrag eingebracht, dem die Genossenschaffer nur

Wohn- und Arbeitsgemeinschaft sucht fortschrittlichen Arzt mit Interesse für Naturheilkunde. Wohnort und Praxisräume vorhanden. Chiffre 3365, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung: die Gratis-Rubrik



für die Reisepartner-Suche

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen. Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einbinden an «das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).

Südamerika: Wer fährt mit mir (24. Student) für zwei Monate ab Mitte Juli 1977 von Lima bis Rio? Tipoverst (Auto, Zug) nicht festgelegt. Georg Glögler, D-775 Konstanz, Buchharthstr. 35/111.

Ich reise Anfang März für etwa 6 Wochen nach Thailand (inkl. Bahnfahrt durch den Busch nach Singapur). Wer ist im gleichen Fall? Bitte Kontakt aufnehmen mit: Alfred Ch. Heinmann (23), Buchenstrasse 17, 4053 Basel.

Wen treffe ich im März 1977 in Algerien? Paul Ott, Länggassstr. 75, 3012 Bern, (031) 24 53 79.

Aufgaben von Kleinanzeigen:

Preis: bis 30 Worte 12 Fr., bis 60 Worte 24 Fr.; für Chiffreinserate 3 Fr. Zuschlag.

Text mit Schreibmaschine oder Blockschrift sauber auf ein Blatt schreiben, Name und Adresse beifügen und einstecken in MOSSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich; Betrag auf Postcheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat «das konzept» bzw. «Kleinanzeigen «das konzept» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Das Inserat erscheint nach Überprüfung des Betrages. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen. Einsendeschluss wie für Inserate (siehe Impressum).

treffpunkt

Zu zweit macht es doch viel mehr Spass, oder? Adam, 30/166, zur Zeit einsam, suchst Dich, liebe, zärtliche Eva. Bist Du 20-27 Jahre jung und Nichtraucherin, dann lass doch von Dir hören. Chiffre 3355, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Berner Student würde eigentlich gerne eine offene Beziehung zu etwa Gleichaltrigem (so bis 23) versuchen! Chiffre 3336, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Wenig einfacher, unspottlicher lic. rer. pol. sucht ein fröhliches und aufgeschlossenes Mädchen bis 27jährig im Raum Bern, welches ihm hilft, eine Dissertation zu schreiben. Schreibmaschine und Bett stehen zur Verfügung. Offerten an Chiffre 3256, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Seilergraben 41, 8001 Zürich
Tel. 011/32 49 34, PC 80-27780

FOTOKOPIEN AUF NORMALPAPIER
(xerographisches Verfahren)

		20 Rappen/Stck.
	mit LEGI	15 Rappen/Stck.
Schnelldruck (ab einer Vorlage)	1seitig	2seitig
	30 Ex.	4.50
	50 Ex.	5.50
	100 Ex.	7.50
	200 Ex.	15.—
	300 Ex.	21.—
	350 Ex.	23.—
	400 Ex.	25.50
	500 Ex.	28.—
	1000 Ex.	40.—
		9.—
		10.50
		14.50
		28.—
		38.—
		42.—
		44.50
		52.—
		73.—

ÖFFNUNGSZEITEN MO-FR 08.30-18.30
SA 10.00-13.00

lbico-Spiralbindung
pro Buch 2.50-4.50



1Woche 215.-

LEYSIN HITS: 7 TAGE HALBPENSION IM HOTEL UNIVERSITAIRE, DOPPELZIMMER, 6 TAGE SKIABONNEMENT IN LEYSIN.
12.-19,3,77, 19.-26,3,77

Klosters: 7 Tage Halbpension im Hotel Chesa Selfranga, Mehrbettzimmer, im März, Fr. 175.-/196.-
Davos: 7 Tage Halbpension im Hotel Bolgenschanze, Mehrbettzimmer, im März, Fr. 154.-/175.-



SCHWEIZERISCHER
STUDENTENREISEDIENST
Basel, Bern, Luzern, St.Gallen, Zürich

Reisen auf neuen Gleisen

Fortsetzung von Seite 6

unabhängigkeit der GV-Beschlussfassung aufgehoben würde. Aus dieser Argumentation hervorgeht die Haltung verschiedener Studentenschaften zu verstehen, welche beantragen, erst dann auf den Vorschlag der Verwaltung einzugehen, wenn die innerbetriebliche Mitbestimmung bzw. Kollektivstruktur verwirklicht ist, und somit den hierarchischen Machtstrukturen eines Betriebes wenigstens potenzielle Schranken gesetzt wären.

Auch wenn damit eine Änderung im Betrieb als Bedingung für eine wesentliche Änderung der GV gestellt wird, bleibt natürlich die Mitbestimmung «Sache des Personals». Aber für eine Veränderung der GV ist entscheidend zu wissen, dass Interessen und Einflussnahme «des Personals» bei einer hierarchischen Struktur nicht identisch sind.

Die Antragsbegründung der Verwaltung kann auch nicht standhalten, insofern sie den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit anführt. Weder beruhen die Rechte der GV auf eingeschossenem Kapital, noch vertreten die Genossenschafter Kapitalinteressen.

Kapitalinteressen wurden vielmehr inhaltlich von der Geschäftsführung vertreten – bei «Sachzwängen» oder auch beim Rauschmiss. Streikenden Würde die GV tatsächlich eine gewinnstrebende Geschäftspolitik befürworten, so wäre sie gar nicht umstritten.

Die studentischen Genossenschafter vertreten demgegenüber Interessen der Konsumenten im erwähnten Sinn der Alternative zu kommerziellen Reisebüros, sowohl was die Produkte angeht, als auch den Betrieb. Ihre ohnehin bescheidenen Rechte legitimieren sich letztlich dadurch, dass sie das Risiko tragen, eines Tages im ihren eigenen Studentenmarkt beherrschendes Unternehmen

unter studentischen Namen vorzufinden, welches ihren Bedürfnissen nicht mehr entspricht und ihnen gleichzeitig jede Möglichkeit versperrt, wieder einen eigenen Reisebetrieb aufzubauen.

Tatsächlich besteht zwar auch ein Gegensatz zwischen den Konsumenten- und den Produzenteninteressen, welcher



Modernes Management

jedoch im Betrieb und in der GV ausgeglichen werden sollte. Dies würde allerdings einen an der Sitzung nicht ausgesprochenen Grund: Zum erstmalig seit langer Zeit konnte der Verwaltungsrat sich gegenüber dem gesamten Personal legitimieren. Früher war er nur schon aufgrund seiner Wahl durch die GV bei der Mehrheit des Personals abgeschrieben, aufgrund schlechter Erfahrungen oder aus emotionaler oder interessenbedingter Ablehnung der GV.

Ausgleich der Interessenvertretung

Der an der GV vom 20. Dez. angenommene Antrag VSS/Uni Basel sieht dies in folgender Form vor: 1. Das SSR Personal schliesst sich nach regionalen oder funktionalen (in

Zürich) Gesichtspunkten in Vereine zusammen, welche als Personalgewerkschafter mit je einer Stimme in der GV vertreten sind.

2. Das Personal hat das Vorschlagsrecht für 4 der 9 Verwaltungsräte.

Dies bedeutet die Aufnahme von 7 bis 10 neuen Genossenschäftlern mit gleichen Rechten, die sich aber auch gleich konstituieren wie die bisherigen, nämlich als juristische Personen (Vereine). Die Vereine würden durch gewählte Vertreter ihre Interessen in der GV geltend machen, wozu ein gleicher interner Willensbildungsprozess bei allen Genossenschaftsvereinen erforderlich ist.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Einzelpersonalmittelschaft hätte im Gegensatz hierzu die Vertretung von Einzelinteressen begünstigt und zudem ein enormes Übergewicht der Region Zürich herbeigeführt. Diese für die Funktionsfähigkeit einer Versammlung wichtigen Argumente wie beschränkte Teilnehmerzahl, gleiche vorherige Konsensbildung und verbesserte Möglichkeit regionaler Interessenvertretung sind weitere Argumente für den Antrag.

Die plötzliche Einheit

Der Antrag von Verwaltung und Personal, die Angestellten als Einzel-Genossenschafter aufzunehmen, hatte allerdings einen an der Sitzung nicht ausgesprochenen Grund: Zum erstmalig seit langer Zeit konnte der Verwaltungsrat sich gegenüber dem gesamten Personal legitimieren. Früher war er nur schon aufgrund seiner Wahl durch die GV bei der Mehrheit des Personals abgeschrieben, aufgrund schlechter Erfahrungen oder aus emotionaler oder interessenbedingter Ablehnung der GV.

Die plötzliche Einheit des Personals konnte dadurch hergestellt werden, dass mit der Antragsbegründung die nach dem Streik verbliebene kleine Gruppe der «Mitbestimmten» gewonnen wurde, während die Zielrichtung – gegen die

GV – dem übrigen Personal schon seit längerem passt. Diese scheinbare «Harmonie der Interessen» ist für das ganze Unternehmen von grosser Bedeutung; denn damit rechtfertigt die Verwaltung ihren Antrag. Mit einer Annahme des Antrages hätte sich das Unternehmen ein progressives Mäntelchen umhängen können: «Betrieb gehört den Arbeitnehmern», was aber keineswegs den noch mehr verfestigten realen Machtverhältnissen entsprechen hätte.

Die Frage ist durch den jetzt angenommenen Vorschlag veragt. Die endgültige Lösung des Problems der Einfluss- und Eigentumsrechte (heutige Form, Übergabe an Arbeitnehmer oder Verkauf) ist jedoch eine Frage, welche legitimerweise nicht von den Genossenschaftsvertretern in der GV beantwortet werden kann, sondern nur von allen Mitgliedern der Technikums- und Studentenschaftsgenossenschafter durch Parlamentsbeschlüsse oder Urabstimmungen. Deshalb dieser Artikel.

Lydia Fijn van Draat

chen Nummer bringt das iz3w einen längeren Bericht zu Südafrika und, wie üblich, viele Nachrichten und Kurzberichte zu brisanten Geschehen in der dritten Welt. Erhältlich (oder zumindest bestellbar) sind die «blätter des iz3w» für 2.50 Fr. in den einschlägigen Buchhandlungen.

Fidel Castro

Der rotpunkt-Verlag veröffentlicht in einem Buch bisher meist unübersetzte Reden von Fidel Castro aus der Zeit von 1965 bis 1976. Insbesondere wurden Reden aufgenommen, welche international von Bedeutung sind, so zur Spaltung der kommunistischen Weltbewegung (1965), zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei (1968), zu den Blockfreien (1973/1975) und zu Angola (1976). Erhältlich im (linken) Buchhandel oder über den Verlag, Postfach 397, 8026 Zürich.

Radioaktive Abfälle

Unter dem Titel «Radioaktive Abfälle – Hokus Pokus Verschwindibus» brachte das Forum für verantwortbare Anwendung der Wissenschaft (Basel) kürzlich eine 70seitige Dokumentation zur Problematik der Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz heraus. Sie soll der Bevölkerung helfen, die auf sie zukommenden Vorhaben zu beurteilen, im besonderen in den von den Sondierungsgruppen der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA) betroffenen Regionen.

Die Dokumentation «Radioaktive Abfälle Hokus Pokus Verschwindibus» kann durch Voreinzahlung auf das Postcheckkonto 40-4729 des Forums für verantwortbare Anwendung der Wissenschaft (Basel), Postfach, 4113 Flüh, erworben werden. Preis: 9 Fr. (inkl. Versandkosten).


Buchhandlungen oder auf Anfrage auch Vereinigungen und Einzelpersonen erhalten bei Abnahme von mindestens 5 Stück 30 Prozent Rabatt.

das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Frauen in der dritten Welt

Achtmal im Jahr erscheinen die «blätter des iz3w». Diese informative Zeitung, die das Informationszentrum dritte Welt (iz3w) herausgibt, widmet die Novembernummer den Frauen in der dritten Welt. Zu den Stichworten Frauen in der Produktion/ Frauenarbeit in der Stadt/ Frauen in traditionellen Gesellschaften/ Familienplanung und Geburtenkontrolle in der dritten Welt/ Frauen in der Revolution gibt es fundierte Analysen und eindrucksvolle Illustrationen. In der glei-



Semesterarbeiten
Dissertationen
Doktorarbeiten

alles drucken wir zu äusserst günstigen Preisen ab reprofertigen Vorlagen

Vorlagenherstellung mit IBM-Kugelpkopfschreibmaschine oder IBM-Composer

Preise auf Anfrage Lieferfristen: besonders schnell

rufen Sie an oder kommen Sie vorbei

CopyQuick Zweierstrasse 129, 8003 Zürich, Tel. 01/353 888 oder Schützengasse 4, Eingang Waisenhausstrasse, Tel. 01/276 636

Sie suchen in Zürich möbl. Zimmer oder möbl. Wohnung?

Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!

devo Verwaltungs AG, 8039 Zürich
Todistr. 46, Tel. 25 73 12

Dissertationen
druckt und bindet äusserst günstig

Brüsch-Druck
8211 Trasadingen
Tel. (053) 6 27 02

Ihre DISSERTATION schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin
Ruedi Gyren AG, Haus der Regiostrasse
Im essernen Zelt 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66
Filiale: 8050 Zürich-Oberkorn
Hugoplatz 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

GAULOISES



1977 in die USA

im Sommer als: **Camp Counselor**

Frühling bis Herbst als Teilnehmer an originellen **Hospitality Tours**

Für Töchter das ganze Jahr: 2-4 Monate als Gast in amerikanischen Familien.

Auskunft durch:
International Summer Camp
Postfach 406, 5401 Baden
Tel. (056) 22 32 60

SSS PRINT

Die Druckerei des Studenten-Schreib-Service druckt alle wissenschaftlichen Arbeiten in Offsetdruck schnell, erstklassig, preisgünstig.

Bei gleichzeitiger Reinschrift gewähren wir einen Sonderabbatt!

Sende uns Dein Manuskript zur individuellen Berechnung, oder komm gleich vorbei:

**Tel. (01) 32 00 88
Sonnegstr. 26
8006 Zürich**

Nina's Jazz + Blues

Plattenladen an der Universitätstr. 116 in Zürich. Tel. 28 86 00

Offen von 10.00 bis 18.30
Montags geschlossen

DISSERTATIONEN

bei 70	DM pro Seite 3.30
druckt exzellent	von DIN A4-Vorlage 100 3.45
	auf DIN A5-Format 150 3.65
BÖNECKE	200 3.80
	300 4.25

3392 Clausthal-Zellerfeld | Frachtverbilligung | Raster billigst!

Fach 29 Ruf 05323/3525

Angbot anfordern

→ ISC ←

Disco: gratis!
für alle vom 12.-19.1. (3 Logi). Eintritt zum ISC möglich (2 Passfotos).

Wo erhalten Sie beim Kauf von 10 gleichen Büchern Mengenrabatt?

Natürlich beim Buchhändler

Dissertations-Schnell-Druck

unverbindliche Beratung

individuelle Ausführung jeder Dissertation

7 3 2 1

7 4 5 6 7

erstklassige Qualität

gute Gründe, uns anzurufen

Schlagerpreise

kurze Lieferfrist

kostenloser Hauslieferdienst

Zollinger AG Tel. 710 63 60

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten: **Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich**
Telefon 01 / 27 77 27

Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas

Dokumente und alle Reden
Berlin, Juni 1976

277 Seiten, Leinen, 5.10 Fr.
Dietz-Verlag, Berlin (DDR)

Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb, 8004 Zürich
Cramerstr. 2/Ecke Zweierstr.
Tel. (01) 39 85 12 und 39 86 11

Basel: Buchhandlung Waser, Rümelsplatz 15-17
St. Gallen: Cosmos Reisen + Bücher, St.-Jakob-Strasse 5

SSS studen-tenschreib-service

Dissertationen Lic.- und Sem.-Arbeiten

- vorschriftsgemässe und rasche Ausführung
- druckfertig ab Manuskript, inkl. Korrektur
- deutsch, englisch, französisch
- IBM-Kugelpkop-Maschinen mit Filmband (besonders geeignet für Offset)
- 20 verschiedene Schriften
- Offsetdruck. Preisliste anfordern!

Rufe uns einfach an oder komme vorbei (3 Min. von der Uni Zürich!).

**Tel. (01) 32 00 88
Sonnegstr. 26
8006 Zürich**

Semesterarbeiten Dissertationen

tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.

R. Hager, Waldstrasse 14
8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50

Tages-Anzeiger

Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

Herausgeber: Tages-Anzeiger AG
Verlag: Ankerstrasse 11, Postfach 110
Zürich, Telefon: 052 20 10 10, Telex: 51 10
Druck: Druckerei AG, Postfach 110
Zürich, Telefon: 052 20 10 10, Telex: 51 10

Abendausgabe: Fr. 2.00
Gesamtabonnement: Fr. 120.00
Einzelnummer: Fr. 1.00

Libanon: Waffenruhe nur von kurzer Dauer

Beirut/Genève, 11. Juni (AP). Die Libanesen kündigen die Waffenruhe an, die am Freitag im Libanon zwischen den christlichen Fronten und den syrischen Streitkräften vereinbart worden war. Die Waffenruhe ist nur von kurzer Dauer, da die syrischen Streitkräfte sich nicht bereit erklären, die Waffenruhe zu verlängern. Die libanesischen Streitkräfte sind bereit, die Waffenruhe zu verlängern, wenn die syrischen Streitkräfte dies tun. Die libanesischen Streitkräfte sind bereit, die Waffenruhe zu verlängern, wenn die syrischen Streitkräfte dies tun.

Nationalrat genehmigt SBB-Rechnung mit Rekorddefizit

Basel, 11. Juni. Der Nationalrat hat am Freitag die stark defizitäre SBB-Rechnung 1975 mit 1183 Millionen Franken genehmigt. Mehrere Räte haben sich gegen die Rechnung ausgesprochen, da die SBB-Rechnung ein Rekorddefizit von 1183 Millionen Franken aufweist. Die SBB-Rechnung ist mit einem Defizit von 1183 Millionen Franken genehmigt worden. Die SBB-Rechnung ist mit einem Defizit von 1183 Millionen Franken genehmigt worden.

Defizitäre Bundesbahn-Nebenlinien nicht aufgeben

Basel, 11. Juni. Der Nationalrat hat am Freitag die stark defizitäre SBB-Rechnung 1975 mit 1183 Millionen Franken genehmigt. Mehrere Räte haben sich gegen die Rechnung ausgesprochen, da die SBB-Rechnung ein Rekorddefizit von 1183 Millionen Franken aufweist. Die SBB-Rechnung ist mit einem Defizit von 1183 Millionen Franken genehmigt worden. Die SBB-Rechnung ist mit einem Defizit von 1183 Millionen Franken genehmigt worden.

Assad spielt hoch

Beirut, 11. Juni. Der libanesisch-syrische Konflikt ist in den letzten Tagen wieder aufgeflammt. Die syrischen Streitkräfte sind in den libanesischen Grenzgebieten stationiert. Die libanesischen Streitkräfte sind bereit, die Waffenruhe zu verlängern, wenn die syrischen Streitkräfte dies tun. Die libanesischen Streitkräfte sind bereit, die Waffenruhe zu verlängern, wenn die syrischen Streitkräfte dies tun.



Der Zürcher SA-Nachwuchs Heinrich Meier (Mitte) besucht die Bundesversammlung in Bern. Er ist von links im Bild zu sehen.

Ein grosser Schritt für Polen und Deutsche

Warschau, 11. Juni. Nach fast vierjähriger Verhandlungen haben Polen und die Bundesrepublik Deutschland am Freitag einen Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen unterzeichnet. Der Vertrag ist ein grosser Schritt für Polen und die Bundesrepublik Deutschland. Der Vertrag ist ein grosser Schritt für Polen und die Bundesrepublik Deutschland.

Wander-Strafgebietsrat

Basel, 11. Juni. Der Nationalrat hat am Freitag die Wander-Strafgebietsrat genehmigt. Der Wander-Strafgebietsrat ist ein grosser Schritt für die Wander-Strafgebietsrat. Der Wander-Strafgebietsrat ist ein grosser Schritt für die Wander-Strafgebietsrat.

Basler Drei Tote bei Suizidmord

Basel, 11. Juni. Ein schwerer Suizidmord ereignete sich am Freitag in Basel. Drei Personen starben bei dem Suizidmord. Der Suizidmord ereignete sich am Freitag in Basel. Drei Personen starben bei dem Suizidmord.

Europäische Polener wird neuer Leader

Brüssel, 11. Juni. Die Europäische Polener hat am Freitag einen neuen Leader gewählt. Der neue Leader ist ein grosser Schritt für die Europäische Polener. Der neue Leader ist ein grosser Schritt für die Europäische Polener.

Verhandlungsziel nicht erreicht

Genève, 11. Juni. Die Verhandlungen zwischen den libanesischen Streitkräften und den syrischen Streitkräften sind am Freitag gescheitert. Die Verhandlungsziel ist nicht erreicht. Die Verhandlungen zwischen den libanesischen Streitkräften und den syrischen Streitkräften sind am Freitag gescheitert.

Genfer Kriegsverfahren bis 1977 vorantreiben

Genève, 11. Juni. Die Genfer Kriegsverfahren sind bis 1977 vorantreiben. Die Genfer Kriegsverfahren sind bis 1977 vorantreiben. Die Genfer Kriegsverfahren sind bis 1977 vorantreiben.

Verhandlungsziel nicht erreicht

Genève, 11. Juni. Die Verhandlungen zwischen den libanesischen Streitkräften und den syrischen Streitkräften sind am Freitag gescheitert. Die Verhandlungsziel ist nicht erreicht. Die Verhandlungen zwischen den libanesischen Streitkräften und den syrischen Streitkräften sind am Freitag gescheitert.

HEUTE IM TA

Was Sie wissen müssen:
1. Die Bundestagung beginnt am Samstag um 10 Uhr in Bern.
2. Die SBB-Rechnung 1975 ist mit einem Defizit von 1183 Millionen Franken genehmigt worden.
3. Der Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland ist unterzeichnet worden.

Wir gewährleisten Ihnen wie vor 30% Studentenrabatt.

Coupon

Ich möchte gerne eine Zeitung kennenlernen, die mir nach wie vor einen Studentenrabatt von 30% gewährt.

Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

monatlich Fr. 6.45

vierteljährlich Fr. 18.55

halbjährlich Fr. 36.75

jährlich Fr. 72.80

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Fakultät: _____

Semester: _____

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertrieb
Postfach, 8021 Zürich